



Innenausschuss

100. Sitzung (öffentlich)

10. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 15:43 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 9

Der Ausschuss bestätigt die Entscheidung des Vorsitzenden nach § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Sven Wolf [SPD] [s. Anlage 1]) 11

2 Viertes Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16444

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze an das Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16517

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen und dazu die LDI sowie eine weitere Sachverständige Person pro Fraktion bis morgen zu benennen und ihnen eine Frist für die Abgabe ihrer Stellungnahmen bis zum 28. März einzuräumen.

4 Bekämpfung von Umweltkriminalität in NRW endlich stärken – Schwerpunktstaatsanwaltschaft und Koordinierungsstelle für NRW einrichten 15

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14258

Ausschussprotokoll 17/1703

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– wird nicht behandelt

5 Gesetz über den interkollegialen Ärztetausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) 16

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (*Anhörung am 01.12.2021*)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der AfD-Fraktion ansonsten einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16232 (Neudruck)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15940 (Neudruck)

in Verbindung mit:

Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16322

in Verbindung mit:

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2022 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16323

in Verbindung mit:

Gesetz zur Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16324

Ausschussprotokoll 17/1734 (Anhörung am 10.02.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmungen (Voten)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

8 „Staatsanwälte vor Ort“ in Duisburg (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **20**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6528

– keine Wortbeiträge

9 Bislang keine Terrorkämpfer ausgebürgert (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **21**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6529

– Wortbeiträge

10 Angriffe auf Geldausgabeautomaten in NRW steigen exorbitant (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **22**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6568

– Wortbeiträge

11 Schusswaffengebrauch bei Polizeieinsätzen (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **23**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6563

– keine Wortbeiträge

- 12 Verbreitung von Kinderpornografie durch Minderjährige** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **24**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6558
- Wortbeiträge
- 13 Jede dritte Straftat in Nordrhein-Westfalen wird von einem Migranten begangen** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6530
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 14 und 21 zusammen zu beraten.
- 14 Katastrophenszenario: Stromausfall** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6531
- in Verbindung mit:
- 21 Stärkung des Katastrophenschutzes in NRW: Wie bewertet Innenminister Reul die ihm vorgelegten Untersuchungsberichte, und welche Änderungen sind geplant?** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]*) **26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6552
- Wortbeiträge

- 15 Clan-Razzia in Duisburg mit 200 Polizisten** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6532
- Wortbeiträge
- 16 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **31**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 17 Abwehr von Cyberangriffen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **37**
- in Verbindung mit:
- Schutz vor Cyberattacken und anderen hybriden Angriffen** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]*)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6557
- in Verbindung mit:
- Potentielle Cyberangriffe aus Russland abwehren** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9]*)
- keine Wortbeiträge
- 18 Großbrand in einem Wohnkomplex in Essen 20./21.02.2022** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **38**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6533
vertrauliche Vorlage 17/209
- keine Wortbeiträge

- 19 Kampf gegen Geldwäsche** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **39**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6538
– keine Wortbeiträge
- 20 Standort für den Sitz der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **40**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6534
– keine Wortbeiträge
- 22 Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung im Innenministerium** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]*) **41**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6535
– keine Wortbeiträge
- 23 Unbesetzte Leitungsstellen bei der Polizei NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]*) **42**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6549
– Wortbeiträge
- 24 Aktuelle Entwicklungen im Spektrum der Gegner*innen der Corona-Schutzmaßnahmen** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]*) **43**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6536
– Wortbeiträge

- 25 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechts-extremistische Tendenzen in der Polizei NRW“** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6537
- keine Wortbeiträge
- 26 Bombendrohungen gegen Gerichte am 4. Februar 2022** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6551
- keine Wortbeiträge
- 27 Verbleib von Polizeimunition aus NRW auf einen Schießstand in Güstrow** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6561
- Wortbeiträge
- 28 Messerattacken in der Düsseldorfer Altstadt während der Karnevalstage** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10])* **47**
- mündlicher Bericht der Landesregierung

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, die SPD-Fraktion habe mit Schreiben vom 7. März 2022 fristgerecht eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine“ beantragt, die er allerdings als unzulässig zurückgewiesen habe, weil sie nach der Verständigung des Ältestenrates vom 7. September 2017 in die Zuständigkeit des Integrationsausschusses falle.

Der Ausschuss bestätigt die Entscheidung des Vorsitzenden nach § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion.

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt sodann mit, Tagesordnungspunkt 3 habe sich durch die abschließende Beratung im federführenden Ausschuss inzwischen erledigt.

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Heute Morgen wurde der Moscheeverein „Islamischer Kulturverein NURAL-ISLAM e. V.“ verboten und aufgelöst; darüber habe ich unmittelbar vor unserer Sitzung heute Vormittag auch die Presse informiert. Seit heute Morgen, 6 Uhr, sind rund 150 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz, darunter der Staatsschutz des Polizeipräsidiums Dortmund, Beamte der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit sowie Datenträgerspürhunde. Sie durchsuchen insgesamt vier Objekte in Dortmund, stellen die Verbotsverfügungen zu und vollziehen das Verbot.

Das Polizeipräsidium Dortmund hat hier die Federführung, da sich die Machenschaften des Vereins vor allem in dieser Stadt abspielten. Durchsucht werden die Wohnungen von führenden Köpfen des Vereins und die Räumlichkeiten der Moschee; das ist sozusagen der Hauptsitz des Vereins.

Die Polizei beschlagnahmt seit heute Morgen das Vermögen des Vereins und sichert Beweismittel. Bislang wurden dabei sichergestellt: Mobiltelefone, Laptops und Speichermedien sowie einen BMW der 5er-Reihe. Zusätzlich wurde Kontoguthaben in Höhe von rund 54.000 Euro beschlagnahmt.

Zu den Gründen für das Verbot und den Auswirkungen noch einige Details: Der Verein ist seit heute nach Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 3 des Vereinsgesetzes verboten, da er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtet, das heißt: Der Verein darf in keiner Form fortgeführt und es dürfen keine Ersatzorganisationen gebildet werden. Der Staat greift aus mehreren Gründen durch:

Erstens. Die Funktionäre des Moscheevereins stehen der Ideologie des sogenannten Islamischen Staates nahe und vertreten eine radikal-salafistische Ideologie.

Zweitens. Der Zweck des Vereins ist es, dieses Gedankengut an Mitglieder und Besucher der Moschee weiterzugeben.

Drittens. Der Verein war Rekrutierungsort für das sogenannte Abu-Walaa-Netzwerk; hier wurde also Personal für den Terror beschafft. Dieses Netzwerk hat unter anderem die Ausreise von mindestens sieben jungen Männern in Kampfgebiete des sogenannten Islamischen Staates in Syrien und in den Irak als Nachschub an Kämpfern organisiert.

Die Funktionäre des Vereins NURAL-ISLAM haben ihre radikalen Ideologien in Predigten und im Koranunterricht weitergetragen. Besonders fatal ist: Zu den Mitgliedern und Besuchern zählen auch Kinder, die schon früh mit den Hassbotschaften indoktriniert werden sollten.

Unter Muslimen in Dortmund gilt die Vereinsmoschee als ISIS-Moschee; das sagt schon einiges. Ein europaweit bekannter Salafistenprediger wurde mehrfach in diese Vereinsmoschee eingeladen. Unter den Moscheebesuchern haben sich einzelne Personen bereits radikalisiert. Einige waren auch in anderen islamistischen Vereinigungen aktiv. Auch ist dort ein Mann ein- und ausgegangen, der direkten Kontakt zum Attentäter Anis Amri hatte.

All diese Vereinsaktivitäten sind mit den Werten unseres Grundgesetzes nicht vereinbar und gefährden in hohem Maße die öffentliche Sicherheit. Diesem Treiben und der Verbreitung radikalen Gedankenguts setzen wir heute ein Ende. Heute Morgen habe ich diesen Verein und die Moschee als Gewächshaus des Islamismus bezeichnet; dieses Gewächshaus im Ruhrgebiet ist jetzt trockengelegt.

Diese Moschee hat Menschen islamistisches Gedankengut in den Kopf gesetzt und frisches Personal für den Krieg im Nahen Osten angeworben. Ein Rechtsstaat duldet nicht, dass sich hier Menschen vernetzen, aufhetzen und radikalieren. Dieses Verbot ist unabdingbar, um die Sicherheit in unserem Land, aber auch in der Welt zu wahren.

Durch das heutige Eingreifen reduzieren wir das Risiko zukünftiger terroristischer Anschläge, denn auch wenn der Ukrainekrieg – der nachher noch Thema sein wird – und der Rechtsterrorismus den Blick darauf verstellen mögen: Die abstrakte Gefahr durch den Islamismus ist unverändert hoch. Dieses Vereinsverbot ist deshalb unerlässlich für den Schutz der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Ich danke allen Polizistinnen und Polizisten sowie den übrigen Beteiligten, die diesen Einsatz unter strengster Geheimhaltung geplant und heute Morgen sehr professionell durchgeführt haben.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Sven Wolf [SPD] [s. Anlage 1])

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Sie haben mit einer Dringlichen Frage heute die Gefährdung durch die Kernkraftwerke in der Ukraine thematisiert. Das ist ein wichtiger Aspekt dieses schrecklichen Krieges, aber eben nur einer. Lassen Sie mich vorweg sagen:

Ich habe nicht geglaubt, dass ich in meinem Leben noch in die Situation komme, einen Krieg zweier souveräner Staaten auf europäischem Boden erleben zu müssen. Das ist furchtbar für die Menschen in der Ukraine. Da stehen sich junge Soldaten gegenüber, die ihr Leben noch vor sich haben, schießen aufeinander und sterben – und zwar auf beiden Seiten. Jeder tote Soldat, jeder tote Zivilist hinterlässt ein klaffendes Loch im Leben anderer: im Leben der Eltern, des Lebenspartners, der Kinder, von Verwandten und Freunden. Das sind neben zerstörten Häusern und zerbombten Straßen die furchtbaren Folgen des Krieges.

Das sage ich gerade als überzeugter Europäer, weil dieser Konflikt das genaue Gegenteil von dem ist, wofür unsere Europäische Union einsteht. Das ist übrigens auch die Hilfsbereitschaft, die fest mit unserem Werteverständnis verwoben und aktuell überall im Land deutlich zu spüren ist. Auf die Menschen in unserem Land, die sehr engagiert sind, können wir wirklich stolz sein; ich will aber nicht Tagesordnungspunkt 15 vorweggreifen.

Zur Frage kann ich aktuell Entwarnung geben; ich glaube, das ist das Wichtigste, um die Menschen nicht unnötig zu verunsichern. Die zuständigen Bundesbehörden beobachten die Situation in der Ukraine aufmerksam, um frühzeitig zu erkennen, ob es Entwicklungen gibt, die gesundheitlich relevant für Menschen in Deutschland sein könnten. Das ist aber aktuell nicht der Fall; mit anderen Worten: Aktuell besteht kein Grund dazu, sich Jodtabletten zu besorgen oder einzunehmen – im Gegenteil:

Auch wenn einige Medien entsprechende Empfehlungen aussprechen, birgt eine Selbstmedikation mit hoch dosierten Jodtabletten erhebliche gesundheitliche Risiken und hat aktuell keinerlei Nutzen. Jodtabletten schützen nicht vor Strahlung, die von außerhalb auf den Körper trifft, also lassen Sie es bitte sein. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dafür auch werben. Wir haben dafür auch die Kommunen und die Bezirksregierung noch einmal sensibilisiert – nicht, weil wir alle aufregen wollen, sondern um das genaue Gegenteil zu erreichen.

Mit einer besonderen Gesundheitsbeeinträchtigung ist übrigens schon aufgrund der Entfernung zur Ukraine selbst dann nicht zu rechnen, wenn dort Radioaktivität aus einem Kernkraftwerk austritt. Die Jodtablette bewirkt die sogenannte Jodblockade und damit die Aufnahme von radioaktivem Jod aus der Luft. Sollte es aber trotzdem nötig sein, kann ich auch beruhigen: Nordrhein-Westfalen hat genügend Jodtabletten eingelagert – in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt des Landes. Wir sollten die ernsthaften Gefahren also ernst nehmen und uns darum kümmern, aber auch aufpassen, dass wir Menschen nicht über Gebühr in Unruhe versetzen.

Sven Wolf (SPD) teilt die Einschätzung des Ministers zum völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Unabhängig vom Ausgang des Krieges habe ihn Putin moralisch verloren. Die IAEA berichte von wiederkehrenden Stromausfällen in den ukrainischen Atomkraftwerken, verfüge aber über keinen direkten Kontakt mehr und versuche, sich vor Ort selbst ein Bild zu machen.

Er unterstreicht die Aussage des Ministers, man müsse sachlich aufklären, zumal Menschen über 45 Jahren sowieso keine Jodtabletten mehr einnehmen müssten, weshalb ihn der Austausch mit den Hilfsorganisationen interessiere, die über ihre großen Netzwerke sachlich informieren und gegebenenfalls auch beruhigen könnten. Auch wolle er wissen, ob die Landesregierung unmittelbare Informationen von der IAEA erhalte oder ob der Austausch über die Bundesbehörden erfolge.

Minister Herbert Reul (IM) greift den Hinweis auf die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen auf, die aber vermutlich schon erfolge. Da die Zuständigkeit für Strahlenschutz nicht beim Innenministerium liege, erhalte es auch keine direkten Informationen. Aufgrund der besonderen Bedeutung habe er die Öffentlichkeit aber trotz seiner eigenen Unzuständigkeit im Ausschuss darüber informieren wollen.

2 Viertes Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16444

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde am 16.02.2022 nach der ersten Lesung einstimmig an den Innenausschuss überwiesen.)

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze an das Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16517

(Der Gesetzentwurf wurde am 16.02.2022 nach der ersten Lesung einstimmig an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.)

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen und dazu die LDI sowie eine weitere Sachverständige Person pro Fraktion bis morgen zu benennen und ihnen eine Frist für die Abgabe ihrer Stellungnahmen bis zum 28. März einzuräumen.

(Wird heute nicht behandelt; siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

4 Bekämpfung von Umweltkriminalität in NRW endlich stärken – Schwerpunktstaatsanwaltschaft und Koordinierungsstelle für NRW einrichten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14258

Ausschussprotokoll 17/1703

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Der Antrag wurde nach Beratung am 30.06.2021 einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend –, an den Innenausschuss sowie an den Rechtsausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

5 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

Ausschussprotokoll 17/1650 (*Anhörung am 01.12.2021*)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Der Gesetzentwurf wurde am 01.07.2021 nach Beratung einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, an den Innenausschuss sowie an den Rechtsausschuss überwiesen.)

Verena Schäffer (GRÜNE) bezeichnet den Gesetzentwurf als wichtiges Signal, um die Strukturen gegen Kindesmisshandlung zu stärken. In dieser Legislaturperiode hätten die Fraktionen gemeinsam viel erreicht. Die Hinweise der LDI auf noch offene Fragen zum Datenschutz, die bedauerlicherweise nicht mehr hätten geklärt werden können, halte sie nicht für unwichtig.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) schließt sich Verena Schäffer an.

Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der AfD-Fraktion ansonsten einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16232 (Neudruck)

(Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung am 26.01.2022 einstimmig an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend –, an die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Innenausschuss überwiesen.

Vorsitzender Daniel Sieveke betont die Bedeutung dieses Themas; allerdings werde der federführende Ausschuss den Gesetzentwurf noch vor der nächsten Sitzung des Innenausschusses abschließend beraten.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15940 (Neudruck)

(Der Gesetzentwurf wurde am 16.12.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Innenausschuss, an den Rechtsausschuss sowie an den Wissenschaftsausschuss überwiesen.)

in Verbindung mit:

Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16322

(Der Gesetzentwurf wurde am 26.01.2022 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Innenausschuss überwiesen.)

in Verbindung mit:

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2022 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16323

(Der Gesetzentwurf wurde am 26.01.2022 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Innenausschuss überwiesen.)

in Verbindung mit:

Gesetz zur Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16324

Ausschussprotokoll 17/1734 (*Anhörung am 10.02.2022*)

– abschließende Beratung und Abstimmungen (Voten)

(Der Gesetzentwurf wurde am 26.01.2022 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Innenausschuss überwiesen.)

Hartmut Ganzke (SPD) regt an, kein Votum abzugeben, weil nach seiner Information noch Änderungsanträge erwartet würden.

Verena Schäffer (GRÜNE) schließt sich Hartmut Ganzke an.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) erklärt sich mit dem Vorgehen einverstanden und betont, die Gesetzentwürfe entfalten nicht nur ausschließlich negative Folgen, so dass man bei aller gemeinsamen Kritik etwa mit Blick auf die Lebensarbeitszeitkonten dem federführenden Ausschuss die Beratung überlassen sollte.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

8 „**Staatsanwälte vor Ort**“ in Duisburg (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6528

– keine Wortbeiträge

9 Bislang keine Terrorkämpfer ausgebürgert (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6529

Markus Wagner (AfD) zeigt sich irritiert darüber, dass man nicht wisse, gegen wie viele Mitglieder einer Terrorvereinigung ermittelt werde, und möchte wissen, wie viele Personen mit islamistischem oder dschihadistischem Hintergrund in Nordrhein-Westfalen von einer möglichen aufenthaltsbeendenden Maßnahme betroffen würden und welche weiteren Maßnahmen die Landesregierung plane, um härter gegen solche Umtriebe und beispielsweise auch Mehrfachehen in Nordrhein-Westfalen vorzugehen.

Minister Herbert Reul (IM) verweist auf die Zuständigkeit des MKFFI.

10 Angriffe auf Geldausgabeautomaten in NRW steigen exorbitant (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6568

Hartmut Ganzke (SPD) moniert den verspäteten Eingang des Berichts, der nichts Konkretes zur Aufklärungsquote im Jahr 2021 enthalte, die im Jahr 2020 nur bei 26,7 % gelegen habe.

Minister Herbert Reul (IM) sagt zu, die Aufklärungsquote für das Jahr 2021 nachzureichen, und gibt zu bedenken, die Aufklärung gestalte sich in diesem Deliktsfeld äußerst schwierig. Die Polizei sei bei der Aufklärung noch nicht gut genug und kümmere sich deshalb intensiv um diese ganz zentrale Frage. Nach dem Rückgang der Geldautomatensprengungen im vergangenen Jahr steige ihre Zahl nun wieder an, was die Polizei sehr alarmiere; wenn auch schon viele Aufgaben erledigt worden seien, verblieben noch einige für die nächste Landesregierung.

11 Schusswaffengebrauch bei Polizeieinsätzen (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6563

– keine Wortbeiträge

12 **Verbreitung von Kinderpornografie durch Minderjährige** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6558

Nic Peter Vogel (AfD) erinnert daran, oftmals würden Opfer selbst zu Tätern. Viele Kinder und Jugendliche sähen darin aber auch ein Kavaliersdelikt. Man möge darüber verpflichtend und mit Nachdruck in den Schulen sprechen, weil viele gar nicht wüssten, damit eine Straftat zu begehen. Dazu gehöre es auch, die Lehrer zu sensibilisieren und auf die Eltern zuzugehen; schließlich könnten solche Inhalte durchaus das spätere Leben zerstören. Dabei gehe es nicht nur um sexuellen Missbrauch, sondern etwa auch um die Rache nach gescheiterten Beziehungen Minderjähriger, indem dann etwa Nacktfotos oder Videos verbreitet würden.

Verena Schäffer (GRÜNE) sieht ebenfalls ein Problem, und zwar auch für die Ermittlungsbehörden, deren Kapazitäten gebunden würden. Zudem stehe hinter jedem Bild ein tatsächlicher Missbrauch. Verurteilt würden fast nur männliche Jugendliche. Sie interessiere die Kooperation mit dem Jugendministerium und dem Schulministerium, um spezifisch auf die Jungenarbeit zu blicken und die männlichen Jugendlichen aufzuklären sowie zu sensibilisieren. Darüber hinaus gehe es um die Medienkompetenz und damit auch um die Landeszentrale für politische Bildung. Sie betont, es handele sich nicht nur um eine Aufgabe der Polizei.

Minister Herbert Reul (IM) erinnert daran, Gegner der Strafverschärfung hätten gerade vor der jetzigen Situation gewarnt, dass damit nämlich viele Minderjährige erfasst würden. Nun gehe es darum, darüber aufzuklären, dass es sich nicht um einen Spaß, sondern um nicht zu akzeptierendes Verhalten handele. Er stimmt Verena Schäffer zu, dies könne in der Tat nicht die Polizei alleine leisten, wobei er bezweifle, dass sich alle Zuständigen mit der gebotenen Intensität des Themas annähmen; alle Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiteten, müssten entsprechend aufklären und auf die Folgen, zu denen auch die juristischen zählten, hinweisen, um so die Dringlichkeit zu erhöhen.

Es gebe bereits gemeinsame Aufklärungsaktionen von Schulen mit dem LKA und dem BKA, bei denen es aber nicht sein Bewenden haben dürfe. Auch er spricht sich dafür aus, dass Lehrer darüber im Unterricht sprächen, um so einen Beitrag zur Erziehung zu leisten; an dieser Stelle könne sehr viel gemacht werden.

Daniel Sieveke (CDU) sieht auch das Elternhaus in der Pflicht, denn die Eltern wüssten oft nichts vom Medienverhalten ihrer Kinder. Die Eltern müssten aufmerksam sein und das Gespräch mit ihren Kindern suchen, um zu sensibilisieren. Er frage sich stets, welche zusätzlichen Aufgaben Schule denn noch übernehmen solle.

13 Jede dritte Straftat in Nordrhein-Westfalen wird von einem Migrantengangenen *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6530

Markus Wagner (AfD) stellt bei den regionalen Rückkehrkoordinationsstellen angesichts von etwa 545 Rückführungen und nur 54 tatsächlich durchgeführten eine Umsetzungsquote von 10 % und für die Kommunen noch schlechtere Zahlen fest, sodass er nach den Ursachen und danach fragt, was die Landesregierung dagegen unternehmen wolle.

Minister Herbert Reul (IM) räumt ein, dabei handele es sich um eine der schwierigsten Fragen an einen Rechtsstaat, der in diesem Fall ganz besonders sauber arbeiten müsse. So viel wie Minister Dr. Stamp habe schon lange niemand mehr in diesem Bereich geleistet; Nordrhein-Westfalen liege in Deutschland an der Spitze. Trotzdem halte er die Frage für berechtigt, warum nicht noch mehr gelinge. Allerdings müssten sehr viele komplizierte Kriterien berücksichtigt werden, weil man keinesfalls willkürlich vorgehen dürfe. An der Sicherheitskonferenz des MKFFI nähmen auch LKA, Verfassungsschutz und andere Stellen seines Hauses intensiv teil. Dabei gehe es um die Informationen, um auf ihrer Grundlage eine rechtssichere Entscheidung zu fällen. Er resümiert, diese dauerhafte Aufgabe könnte gewiss noch besser gelöst werden, wenn Nordrhein-Westfalen bundesweit auch großartige Ergebnisse vorzuweisen habe.

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 14 und 21 zusammen zu beraten.

14 Katastrophenszenario: Stromausfall *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6531

in Verbindung mit:

21 Stärkung des Katastrophenschutzes in NRW: Wie bewertet Innenminister Reul die ihm vorgelegten Untersuchungsberichte, und welche Änderungen sind geplant? *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6552

Nic Peter Vogel (AfD) gibt zu bedenken, jede Institution könne gehackt werden, und spricht die Erweiterung der Resilienz beim Digitalfunk von 4 auf 72 Stunden an. Die Kommunen würden nach § 4 Abs. 3 BHKG verpflichtet, Katastrophenszenarien auszuarbeiten, sodass ihn interessiere, ob die Ausweitung der Resilienz auch darunter falle.

Die Bürger würden angehalten, Notvorräte für zwei bis drei Wochen anzulegen, was zu einer erheblichen Entlastung der Warenverfügbarkeit im ersten Lockdown geführt hätte. Auch durch die Ukraine Krise gerieten die Menschen in Panik, sodass man beispielsweise kein Speiseöl mehr bekomme. Vor ein paar Jahren jedoch seien verantwortungsvolle Bürger noch als Prepper verschrien worden; dabei müsse man die Bevölkerung gerade in diesen Zeiten hoher Verletzlichkeit der Infrastruktur sensibilisieren.

Verena Schäffer (GRÜNE) betont die erheblichen Konsequenzen eines Stromausfalls für die Bevölkerung sowie die kritische Infrastruktur. Da die wenigsten unteren Katastrophenschutzbehörden über Katastrophenschutzpläne verfügten, interessiere sie der Überblick des Ministeriums, bei wie vielen denn tatsächlich ein solcher vorliege, der auch lang anhaltende Stromausfälle berücksichtige.

Sie bezeichnet den Aufruf zur Eigenvorsorge als notwendig. Beim Beschluss des BHKG im Jahr 2015 sei ein koordinierter Prozess zum Katastrophenschutz vereinbart worden. Im Jahr 2020 habe die Landesregierung von der Erstellung einer Website mit einem Selbstcheck für Bürgerinnen und Bürger berichtet, sodass sie der Sachstand interessiere.

Die Aufrechterhaltung des Digitalfunks auf 72 Stunden zu erweitern, halte sie für erforderlich, und fragt nach dem Zeitplan der Landesregierung, bis wann sie dies umsetzen wolle. Das Ministerium verweise auf den Dialog mit der Stromwirtschaft und den Stromnetzbetreibern, um die kritische Infrastruktur zu identifizieren und zu priorisieren und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Sie fragt nach den bisherigen Ergebnissen.

Minister Herbert Reul (IM) räumt ein, die allesamt berechtigten Fragen seien noch nicht abschließend beantwortet worden. Tatsächlich stelle sich nach und nach immer deutlicher eine riesige Baustelle heraus. Das von ihm eingesetzte Kompetenzteam habe der Landesregierung dazu viele Hausaufgaben aufgegeben. Nicht alle Kommunen hätten wie vorgesehen Katastrophenschutzpläne aufgestellt; die Landesregierung verfüge über keinen Überblick. Darüber hinaus gehe es auch um die Bedarfspläne. Die Kontrolle der kommunalen Umsetzung der klaren Aussage des Gesetzgebers liege bei den Bezirksregierungen.

Er unterstreicht die Bedeutung der Eigenvorsorge, wobei man in der Vergangenheit schnell als ewig Gestriger und kalter Krieger bezeichnet worden sei. Heute näherten sich die meisten Menschen diesem Thema pragmatischer, die man aber nicht in den Wahnsinn treiben dürfe; gehe es doch nicht darum, Lebensmittel für Monate zu horten. Prepper hingegen hätten eine andere Motivation.

Es brauche mehr Bewusstsein in der Öffentlichkeit, dass es zu Katastrophen kommen könne, wie die Ereignisse des letzten Sommers zeigten. Der koordinierende Prozess sei durch die Coronapandemie stark unterbrochen worden, was man niemandem vorwerfen könne. Mehrere Ministerien hätten einen runden Tisch Strom eingerichtet, der aber feststecke. Noch in dieser Woche habe Dr. Lesmeister verschiedene Häuser zusammengerufen, um intensiv an kurzfristigen Lösungen zu arbeiten. Das Konzept zum Digitalfunk solle Ende 2022 beendet sein.

Zwischen Stromwirtschaft und Netzbetreibern finde sehr viel statt. Vor ein paar Wochen hätten die Führungskräfte seines Hauses ein Gespräch mit der Stromwirtschaft geführt, die sehr weit sei. Nachholbedarf gebe es allerdings bei der öffentlichen Hand. Die energiepolitische Ausrichtung der letzten Jahre hin auf Strom bedeute eine große Abhängigkeit von dieser Energiequelle, was das Erfordernis, ihre Verfügbarkeit zu sichern, noch weiter erhöhe.

Verena Schäffer (GRÜNE) weist darauf hin, mit Blick auf die kommunalen Katastrophenschutzpläne liege die Fachaufsicht letztlich beim Innenministerium. Auch seit der Hochwasserkatastrophe habe es aber offensichtlich nie bei den Kommunen abgefragt, ob dort denn überhaupt Katastrophenschutzpläne vorlägen, denn die Kommunen hätten diese gesetzliche Vorgabe nicht umgesetzt.

Minister Herbert Reul (IM) will nicht bestätigen, dass es gar keine Abfrage etwa durch die Bezirksregierungen gegeben habe, und sagt die Klärung im Nachgang zu; er könne nur keine konkreten Zahlen nennen. Die Verantwortlichkeit für den Katastrophenschutz liege bei den Kommunen. Möglicherweise sei auch in der Vergangenheit zu wenig kontrolliert worden. Allerdings lege er großen Wert darauf, im Kompetenzteam, zu dem auch kommunale Vertreter gehörten, keine Vorwürfe zu erheben, sondern ein Konzept für die Zukunft zu erarbeiten.

Zwischenzeitlich erklärten sich die Kommunen auch bereit, sogar über Katastrophenschutzbedarfspläne zu sprechen, sodass nun Einigkeit mit den Kommunen bestehe, was er für wichtiger halte, als sie für ihre Versäumnisse zu rüffeln. Für die Zukunft

bestehe jedenfalls die Pflicht der Bezirksregierung oder des Innenministeriums, die Umsetzung der Katastrophenschutzbedarfspläne zu kontrollieren.

Verena Schäffer (GRÜNE) widerspricht, das Land dürfe sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen, bei dem schließlich die Fachaufsicht liege. Insgesamt gehe es darum, den Katastrophenschutz auf Landesebene etwa durch ein Landesamt für Katastrophenschutz zu stärken, was sie als eine der großen Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode bezeichnet. Das geltende BHKG müsse selbstverständlich umgesetzt werden, was das Ministerium zu kontrollieren habe, denn niemand wisse, wann das Land von der nächsten Katastrophe erreicht werde.

Hartmut Ganzke (SPD) möchte wissen, ob sich der Minister bei der Ausgestaltung des Katastrophenschutzes an Niedersachsen orientiere, wo es eine eigene Einheit gebe, oder ob er die Bezirksregierungen stärken wolle.

Nic Peter Vogel (AfD) moniert, wenn die Kommunen noch nicht einmal dem Szenario von 4 Stunden Rechnung trügen, erübrige sich seine Frage nach dem Szenario von 72 Stunden. Die Zuständigkeit liege aufgrund der örtlichen Unterschiedlichkeiten zu Recht bei den Kommunen. Er fordert den Minister auf, den aktuellen Stand bei den Kommunen abzufragen und Hilfestellung anzubieten, zumal nicht jede Kommune über das erforderliche Personal verfügen dürfte. Auch gehe es nicht nur darum, nach vorne zu schauen, sondern auch zu ermitteln, woran es bislang hake.

Minister Herbert Reul (IM) teilt mit, sein Haus habe über die Bezirksregierung die Abfrage bei den Kommunen nach den Katastrophenplänen angestoßen, aber noch keine abschließenden Ergebnisse erhalten. Auf die Frage von Hartmut Ganzke weist er darauf hin, sein Haus bewerte die sehr interessanten Vorschläge der unabhängigen Kommission, um darüber nachzudenken, wie man die aufgezeigten Probleme im Detail löse. Anschließend werde er Änderungsvorschläge vorlegen.

Kleinigkeiten im Alltag seines Hauses habe er bereits geändert; so sei die zuständige Abteilung heute personell anders aufgestellt als noch vor einigen Monaten. Wie auch bei den früheren Problemen versuche er, möglichst schnell möglichst viel umzusetzen. Die Kommission stelle aber sehr grundsätzliche Fragen an den Katastrophenschutz, sodass man das Thema insgesamt betrachten müsse.

Zu Beginn seiner Amtszeit habe er keinen Grund gesehen, an der Aufstellung des Katastrophenschutzes und am BHKG zu zweifeln. Heute wisse er aber, dass manches sehr wohl falsch sei, sodass man das BHKG werde anpassen müssen. Die Flut habe die Wahrnehmung der Notwendigkeit verändert; so erinnere er sich noch daran, dass man ihn für „bescheuert erklärt“ habe, als er einen Sirenenwarntag ausgerufen und Sirenen angeschafft habe. Heute wisse auf einmal jeder, was zu tun sei, aber vor Jahren habe niemand das Problem erkannt. Auch er selbst habe erst 2018 angefangen, das Problem zu begreifen, und mit den Sirenen begonnen.

Das Thema sei auch deutschlandweit vernachlässigt worden; so gebe es in den Kommunen heute keine Katastrophenschutzämter mehr. Der Haushaltsplan 2023 enthalte zum ersten Mal eine Haushaltsstelle zum Katastrophenschutz, wenn auch nur mit 1,2 Millionen Euro. In der Tat bestehe großer Änderungsbedarf, aber die Versäumnisse gingen nicht auf ihn zurück.

Verena Schäffer (GRÜNE) hält die Notwendigkeit, das BHKG weiterzuentwickeln, für unstrittig. Gemeinsam mit der CDU sei es Rot-Grün 2015 gelungen, das bis dahin geltende Feuerwehrgesetz überhaupt wieder zu einem Katastrophenschutzgesetz zu machen. Gerade der Katastrophenschutz dürfe nicht zwischen parteipolitischen Interessen zerrieben werden. Auch FDP und CDU wüssten um Änderungsbedarf mit Blick auf die Hochwasserkatastrophe und die Coronapandemie.

Sie möchte wissen, wann mit dem Bericht von Albrecht Brömme gerechnet werden könne und ob die Landesregierung bis zur nächsten, letzten Innenausschusssitzung vor der Landtagswahl eine erste Auswertung der Vorschläge der Kommission vorlegen könne, wenn es sich auch um eine Aufgabe der nächsten Landesregierung handele.

Thomas Schnelle (CDU) stellt eine starke Nähe der Fraktionen beim Änderungsbedarf fest. Das Thema werde vom Innenministerium prioritär behandelt, wofür er dem Innenminister sehr danke, das nun die Empfehlungen der Kommission auswerten, auf Machbarkeit hin überprüfen und mit Prioritäten versehen müsse, weil man gewiss nicht alles auf einmal umsetzen könne. Mit dem BHKG sei der Gesetzgeber seinerzeit den Fachleuten in der Anhörung bei wichtigen Punkten nicht gefolgt, sodass man seine Schwächen nun angehen müsse, wozu unter anderem die Katastrophenschutzbedarfspläne gehörten.

Minister Herbert Reul (IM) teilt mit, er wisse nicht, wann der Bericht von Albrecht Brömme vorgelegt werde; der Bericht in seiner Zuständigkeit jedenfalls liege vor. Katastrophenschutz eigne sich in der Tat nicht für parteipolitischen Streit. Sein Konzept für den Katastrophenschutz der Zukunft werde garantiert vor der Landtagswahl bekannt sein.

15 Clan-Razzia in Duisburg mit 200 Polizisten (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6532

Markus Wagner (AfD) zeigt sich angesichts der erheblichen Vorstrafen der sechs Tatverdächtigen irritiert, wobei die Gerichte in vielen Fällen von der Verurteilung oder gar von Haft abgesehen hätten. Es falle auf, dass es sich bei fünf Tatverdächtigen nicht um deutsche Staatsbürger handle, die sich alle noch in Deutschland aufhielten. Wenn es also so schwierig sei, sie abzuschieben, müsse man die Gesetze verändern. Damit und mit den milden Urteilen komme es zu einer Schiefelage, mit der man die Clankriminalität sicher nicht in den Griff bekommen werde.

16 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Lassen Sie mich zunächst feststellen, dass wir seit dem 24. Februar in einem anderen Europa leben. Seit dem Angriff russischer Truppen auf die Ukraine leben wir nicht mehr in einem friedlichen Europa, und wir leben nicht mehr in Sicherheit. Wir dürfen auch nicht die Augen vor dem verschließen, was unseren ukrainischen Nachbarn angetan wird. Sie haben einen Anspruch auf unsere Solidarität und unsere Hilfe: sowohl diejenigen, die in der Ukraine für ihre Freiheit kämpfen, als auch diejenigen, die vor der Gewalt fliehen und Sicherheit für sich und ihre Kinder suchen. Frau Schäffer hat in ihrer Rede im Plenum sehr schön beschrieben, wie man das überhaupt den Kindern erklären kann.

Wir sind willens, bereit und in der Lage, Ihnen zu helfen. Das sich bei uns darum so viele Menschen mit Geld, Gütern und persönlichem Einsatz kümmern, ist schon toll. Der Ministerpräsident und ich haben mit Vertretern der Hilfsorganisationen in NRW beraten, wie wir diese Welle der Hilfsbereitschaft koordinieren. Ich habe ein bisschen die Sorge, dass zwar ungeheuer viel passiert, aber manches nicht die Wirkung entfaltet, die es entfalten sollte, weil es nicht koordiniert ist.

Wenn jemand mit dem Auto zur Grenze fährt, hat das zum Beispiel Auswirkungen auf die Verkehrswege. Wenn die Hilfsgüter dann an der Grenze liegen bleiben, ist das noch keine Lösung; es ist also nicht so ganz einfach. Viele Sachspenden stapeln sich derzeit an den Grenzen, ohne dass sie verteilt werden können; deshalb rufe ich noch einmal dazu auf, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, dass eine Geldspende das Beste ist. Die Menschen haben immer die Sorge, dass das Geld in der Tasche der Organisationen landet, was aber falsch ist, denn das ist das Wirkungsvollste, was man im Moment machen kann.

Wir haben im Innenministerium eine Besondere Aufbauorganisation unter Leitung von Dr. Lesmeister eingerichtet. Hier werden die Prozesse geordnet, und hier findet ein fortlaufender Austausch mit den Hilfsorganisationen statt. Wir tun, was wir können, um die Menschen in der Ukraine und aus der Ukraine zu unterstützen.

Natürlich beobachten wir auch genau, wie sich die Sicherheitslage in unserem Land entwickelt. Da sind zunächst die vielen Versammlungen seit Beginn des Krieges. So gab es bis zum 8. März bereits 444 Demonstrationen mit mehr als 380.000 Teilnehmern, die gegen den Krieg und für die Ukraine auf die Straße gingen. 250.000 statt der erwarteten 30.000 Menschen beteiligten sich alleine an der Friedensdemonstration am Rosenmontag in Köln. Das ist eine beeindruckende Demonstration von Mitmenschlichkeit und Solidarität.

Auf den Veranstaltungen sieht man, dass der Krieg in der Ukraine die Menschen in NRW aufrüttelt. Ich finde es sehr berührend, dass es auf den Veranstaltungen mucksmäuschenstill ist. Die Menschen hören zu, sind ergriffen und begreifen das Problem. Wir rechnen sogar damit, dass die Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen weiter ansteigen.

Die Demonstrationen sind übrigens überwiegend friedlich verlaufen. Obwohl die Menschen aufgewühlt sind, konnten wir bisher nur vereinzelt Aggressionen gegen Konfliktparteien oder den Konfliktparteien zugeordnete Einrichtungen feststellen. Niemand weiß, wie sich das weiterentwickelt. Die große Mehrheit der Versammlungen sind ganz klar für die Ukraine ausgerichtet, was auch kein Wunder ist. Das sind ganz normale Leute, die ihre Solidarität bekunden. Eine Beteiligung extremistischer Gruppierungen ist bisher nicht bekannt geworden.

Natürlich gibt es auch die anderen. So ist sich die sogenannte Querdenkerszene offenbar uneinig darüber, wie sie sich verhalten soll: Die hier in großer Zahl mitmischenden Extremisten sind demnach eher pro-russisch, was nicht wirklich verwundert; der bürgerlich ausgerichtete Teil hingegen hat größtenteils eine pro-ukrainische Position.

Mit den Äußerungen gehen jedoch Durchhalteparolen einher, sich dem Coronathema der Bewegung zu widmen. Offenbar bestehen hier Ängste, dass angesichts der Situation in der Ukraine der Protest gegen die Coronamaßnahmen ins Hintertreffen gerät. Das geht bis zur Beschreibung von Szenarien, wonach der Ukrainekrieg nur angezettelt worden ist, damit das andere Thema vernachlässigt wird. Es fällt schwer, das zu verstehen, aber das wird wirklich geäußert.

Deutlich zugenommen hat die Anzahl von Kanälen auf der Telegrammplattform. Das ist zwar alles sehr diffus, was sich da so rumtreibt und äußert, ist aber eher dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. Teilweise sind diese Beiträge pro-russisch, teilweise pro-ukrainisch. Einig ist man sich offenbar in einer grundlegend anti-amerikanischen und teilweise antizionistischen bzw. antisemitischen Einstellung; das ist manchmal richtig kraus. Häufig wird da die Erweiterung der NATO aufgegriffen, um die russischen Bomben zu rechtfertigen. Strafbare Inhalte konnten jedoch bisher nicht festgestellt werden.

Vereinzelt gibt es Hinweise, dass Personen eine Ausreise in die Ukraine beabsichtigen bzw. ausgereist sind, um dort zu kämpfen. Hierbei kommen sowohl pro-ukrainische als auch pro-russische Motivlagen in Betracht. Das sind alles Einzelfälle, also wirklich keine großen Bewegungen. Unsere Sicherheitsbehörden stehen fortlaufend in einem engen Austausch mit anderen Sicherheitsbehörden im Bundesgebiet.

Davon einmal abgesehen hat die bisherige Entwicklung im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nur geringe Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen. Wenn pro-russische auf pro-ukrainische Akteure treffen, ist natürlich mit Straftaten wie Beleidigungen bis hin zu Körperverletzungsdelikten zu rechnen. Bislang liegen allerdings keine konkreten Hinweise vor.

Zwischen dem 19. Februar und dem 7. März wurden lediglich drei Straftaten mit Versammlungsbezug gemeldet; dabei handelt es sich um zwei Volksverhetzungen sowie um eine Sachbeschädigung. Zwischen dem 19. Februar und dem 7. März sind dem Landeskriminalamt insgesamt 63 Straftaten ohne Versammlungsbezug gemeldet worden; dabei handelt es sich um 22 Sachbeschädigungen, sechs Volksverhetzungen, acht Verwendungen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, acht Bedrohungen sowie einer Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen

ausländischer Staaten, zehn Beleidigungen, ein Raub- bzw. Erpressungsdelikt, ein Sexualdelikt, ein Branddelikt sowie fünf sonstige Straftaten.

20 der genannten Straftaten erfolgten zum Nachteil russisch assoziierter Geschädigter, davon in drei Fällen gegen russische konsularische Vertretungen, sowie elf Straftaten zum Nachteil ukrainisch assoziierter Geschädigter. Bei den übrigen Delikten war eine solche Zuordnung nicht möglich.

Herausragend sind drei Taten vom 2. und 3. März: Am 2. März kam es zu einer Sachbeschädigung an einem russischen Lebensmittelgeschäft und Reisebüro in Oberhausen, dessen Betreiber sich putinfreundlich in den Medien geäußert hatte. Das Lebensmittelgeschäft ist Teil einer russischen Kette von elf Geschäften in Deutschland, von denen sich fünf Geschäfte in NRW befinden.

Ebenfalls erwähnenswert ist eine Bombendrohung gegen das Finanzamt Erkelenz, ebenfalls am 2. März. Aus dem Wortlaut ist eine pro-russische Ausrichtung erkennbar. Eine tatsächliche Gefahrenlage bestand jedoch nicht. Am 3. März brannte in den frühen Morgenstunden in Krefeld der Pkw eines Ukrainers; es wird von Brandstiftung ausgegangen.

Ein Anstieg im Bereich der Cyberkriminalität im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg konnte in NRW bislang nicht festgestellt werden. Nach wie vor besteht jedoch die Gefahr, dass insbesondere nachrichtendienstliche Operationen Russlands zu einer Gefährdung führen können. Das sind dann Kampagnen zur Desinformation und Einflussnahme, die Gefahr von Cyberangriffen sowie die Gefahr von Spionage und Sabotage. Spionage haben wir jetzt stärker im Blick, denn wenn wir den Güterverkehr sperren, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass andere Wege gesucht werden. Der Verfassungsschutz hat verstärkt in Personal in diesem Bereich investiert. Auch wenn hier bisher keine gravierenden Angriffe bekannt geworden sind, kann sich die Lage schnell ändern.

Aus der Kriegsregion wird berichtet, dass Angriffe mit einer neuartigen Schadsoftware zu einer gezielten Zerstörung von Informationstechnik geführt haben. Neben Desinformationskampagnen und gezielten militärischen Schlägen bilden Cyberangriffe einen wesentlichen Bestandteil einer hybriden Kriegsführung. Ergeben sich in Nordrhein-Westfalen Hinweise auf eine mögliche höhere Gefährdung durch Cyberangriffe, nutzt die Koordinierungsstelle Cybersicherheit im Ministerium des Innern die etablierten Kommunikationskanäle und warnt die potenziellen Opfer, insbesondere Einrichtungen der kritischen Infrastruktur. Das Wichtigste ist es, frühzeitig sensibel zu sein und den Schaden erst gar nicht entstehen zu lassen.

Verfassungsschutz, Polizei und die Koordinierungsstelle Cybersicherheit arbeiten hier Hand in Hand. Erst gestern hat sich der Operative Austausch Cybersicherheit NRW getroffen, um die aktuelle Gefahrenlage gemeinsam zu bewerten. Diese Austauschplattform bringt Vertreter der Koordinierungsstelle Cybersicherheit, der Polizei mit ihren Cybercrimespezialisten, der Cyberabwehr und des Wirtschaftsschutzes des Verfassungsschutzes NRW, der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime der Staatsanwaltschaft Köln, des CERT NRW sowie den Landes-CISO zusammen.

Hier werden die Kommunikationswege der elementaren Akteure der Cybersicherheit im Land geschärft und aktiv genutzt.

Die Sicherheitsbehörden beobachten die Entwicklung der Lage gemeinsam und sind jederzeit bereit zu reagieren. Nordrhein-Westfalen ist im Vergleich zu anderen Bundesländern gut aufgestellt, weil wir auch über größere Behörden und damit einfach über mehr Manpower und Erfahrung verfügen. Wir haben alle relevanten Stellen informiert und sensibilisiert – Behörden, kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsunternehmen –, sind selbst ständig wachsam und passen IT-Sicherheitsmaßnahmen den aktuellen Gefährdungen fortwährend an, denn auch das Ministerium ist ein möglicher Gegenstand solcher Maßnahmen. Wir versuchen, unsere Mitarbeiter dafür zu sensibilisieren, dass sie im Umgang mit E-Mails noch behutsamer sind.

Klar ist aber auch: Die Lage ist angespannt. Es besteht eine hohe abstrakte Gefahr für das Land Nordrhein-Westfalen und die hiesigen Wirtschaftsunternehmen, Ziel von Cyberattacken zu werden. Wenn wir alle ein wenig achtsamer, behutsamer und vorsichtiger bei der Nutzung digitaler Infrastruktur sind, kann man dafür sorgen, dass manche dieser Probleme erst gar nicht entstehen.

Sven Wolf (SPD) teilt die Sorge des Ministers in Bezug auf die Polemik gegen russische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die man sehr sorgsam beobachten müsse. So erschütterten ihn Übergriffe gegen russische Lkw-Fahrer, denn offensichtlich werde – auch sehr gezielt etwa von der russischen Regierung selbst – versucht, diesen Konflikt über Desinformation oder auch tatsächlich nach Deutschland zu tragen. Er bittet den Minister mitzuteilen, wie die Polizei in Nordrhein-Westfalen dafür sensibilisiert werde und deeskalierend wirke. Viele Menschen könnten gut trennen, dass es sich um einen Krieg der russischen Regierung und nicht des russischen Volkes handle. Die Russinnen und Russen, die in Nordrhein-Westfalen lebten, hätten damit nichts zu tun.

Nach seinem Eindruck reisten eher Gefährder aus der rechten Szene ins Krisengebiet, um auf der Seite der Separatisten gegen die Ukraine zu kämpfen, was ihm große Sorgen bereite. Auch bestehe eine große Gefahr im gezielten Hacken von Accounts, um anschließend gezielte Desinformationen zu verbreiten. Er bittet den Minister um Erläuterung, wie Journalisten, Politiker, Hilfsorganisationen, Behörden, Kommunen und Privatpersonen davor geschützt und dafür sensibilisiert würden. Auch interessiere ihn der ständige Austausch mit den Kommunen.

Daniel Sieveke (CDU) möchte wissen, ob nach dem Verbot von Russia Today alle technischen Möglichkeiten genutzt würden, das nicht nur über Kabel und Satellit, sondern auch über andere Zugangswege empfangen werde, die man auch in den Blick nehmen möge, um die Desinformation tatsächlich zu unterbinden. Er halte es für hilfreich, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk Sendungen und Nachrichten in russischer und ukrainischer Sprache ausstrahlte, um die Geflüchteten zu informieren, wobei es nicht nur um Kriegsberichte, sondern auch um Unterhaltungsprogramm gehen müsse.

Einige Russinnen und Russen, die sich in Nordrhein-Westfalen öffentlich gegen Putin und den Krieg aussprechen, hätten nun Angst, selbst ins Fadenkreuz zu geraten. Man müsse sie darin unterstützen, diesen Weg mutig weiterzugehen. Besonders mutig finde er es, dass Menschen in Russland auf die Straße gingen, um offen gegen den Krieg und Putin zu demonstrieren.

MDgt'in Dr. Daniela Lesmeister (IM) berichtet von einer Schalte mit den Polizeipräsidentinnen und den Landräten, die das Ministerium explizit darauf hingewiesen habe, dass sich die Polizei stets neutral verhalten müsse. Deshalb dürften auch keine Flaggen vor Polizeigebäuden gehisst oder Anstecker an Antennen oder Fahrzeugen verwendet werden. Schon in der letzten Woche habe sie die §-4-Behörden telefonisch dafür sensibilisiert.

LMR Jürgen Kayser (IM) setzt fort, Ausreisen seien zunächst ausschließlich in der rechten Szene thematisiert worden. Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern wüssten von Personen im niedrigen einstelligen Bereich, die sich tatsächlich dort aufhielten, wobei man nicht wisse, ob sie auch tatsächlich schon an Kampfhandlungen teilgenommen hätten. Dabei werde vornehmlich die Absicht verfolgt, auf ukrainischer Seite zu kämpfen.

Allerdings wisse er auch von einem durch die Bundespolizei unterbundenen Ausreiseversuch einer Person mit deutsch-russischem Hintergrund, um sich auf russischer Seite am Krieg zu beteiligen. Aktuell gebe es Medienberichte über Personen ohne extremistischen Hintergrund, die möglicherweise einfach ein Abenteuer suchten oder dem Aufruf der Ukraine folgten, sich auf ihrer Seite an den Kampfhandlungen zu beteiligen; insofern spreche man von einem sehr heterogenen Feld.

LKD Martin Wentorf (IM) ergänzt, bereits am 24. Februar habe das LKA eine Informationssammelstelle eingerichtet, um die Informationen über Straftaten, Versammlungsgeschehen, herausragende Ereignisse und sonstige weiche Informationen zusammenzuführen; beim BKA gebe es eine ähnliche Struktur. Das Lagebild werde regelmäßig an alle Kreispolizeibehörden geschickt, um Ereignisse besser einordnen zu können.

Verena Schäffer (GRÜNE) spricht die Gefahr des Menschenhandels für die Geflüchteten an und fragt nach ersten Erkenntnissen. Zwar sei es zu begrüßen, dass auch so viele Private anböten, Geflüchtete aufzunehmen, was aber leider auch die Gefahr bringe, dass die Falschen eine Frau mit kleinen Kindern aufnahmen. Die Geflüchteten brauchten eigene Schutzräume, die sich nicht in einer privaten Wohnung befänden, in der Übergriffe auf Kinder möglich seien. Sie unterstreicht die Bedeutung staatlicher sowie Unterkünfte der Hilfsorganisationen. Damit wolle sie keinesfalls das großartige private Engagement kritisieren, aber die Politik trage auch die Verantwortung für die Sicherheit gegen Menschenhandel und für den Kinderschutz.

Daniel Sieveke (CDU) betont, teilweise böten bewusst auch russische Familien Unterkünfte an, um ihre Ablehnung des Krieges deutlich zu machen. Es müsse sich aber um menschenwürdige Unterkünfte handeln, zumal man über traumatisierte Menschen spreche, weshalb Sammelunterkünfte sich vielleicht nicht immer bewährten. Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erhielten Anfragen von Privaten. Ebenfalls sei es nicht sinnvoll, auf eigene Faust loszufahren, um vor Ort zu helfen und Menschen nach Deutschland zu bringen, denn es brauche eine gewisse Koordination.

Nach seiner Information unterhielten NPD-Funktionäre Kontakte zur Swoboda-Partei mit faschistischen Zügen, so **Nic Peter Vogel (AfD)**. Sodann gibt er zu bedenken, Hackerangriffe könnten auch von Trittbrettfahrern verübt werden, die ausnutzten, dass der Fokus gegenwärtig auf Russland liege.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) schließt sich Verena Schäffer an. Die Stadt Bonn etwa koordiniere Angebot und Nachfrage, müsste aber Menschen an sich auch über die zuständige Kreispolizeibehörde überprüfen lassen, was vermutlich am Datenschutz scheiterte.

Sven Wolf (SPD) unterstreicht die Ausführungen von Verena Schäffer ebenfalls. So gebe es etwa an den großen polnischen Bahnhöfen, über die viele Geflüchtete ankämen, Sicherheitsbereiche, um die häufig alleine geflüchteten Frauen davor zu bewahren, von den Falschen angesprochen zu werden.

Daniel Sieveke (CDU) stimmt den Ausführungen von Sven Wolf zu.

Minister Herbert Reul (IM) gibt zu bedenken, die Geflüchteten könnten für 90 Tage ohne Kontrollmöglichkeit einreisen, was ihre Erfassung sehr erschwere. Sodann teilt er auf die Ausführungen von Verena Schäffer hin mit, es gebe schon erste Vorfälle in Sammelunterkünften; insofern müssten alle sehr achtsam sein.

LMR Jürgen Kayser (IM) ergänzt auf die Frage von Nic Peter Vogel, am Beispiel der NPD zeige sich die Zerrissenheit der rechten Szene im Konflikt. Der Verfassungsschutz stelle die von ihm angesprochene Verbindung noch nicht fest, wohl aber eine Erklärung der NPD auf ihrer Internetseite gegen einen Bruderkrieg in Europa, der auf die Kriegshetze der NATO zurückgehe, weshalb die NPD den sofortigen Abzug aus Europa und die Einstellung aller Kampfhandlungen fordere. In der rechten Szene finde sich jedenfalls keine klare Haltung für eine Seite.

17 Abwehr von Cyberangriffen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])*

in Verbindung mit:

Schutz vor Cyberattacken und anderen hybriden Angriffen *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6557

in Verbindung mit:

Potentielle Cyberangriffe aus Russland abwehren *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9])*

(siehe auch Tagesordnungspunkt 16)

– keine Wortbeiträge

18 Großbrand in einem Wohnkomplex in Essen 20./21.02.2022 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6533
vertrauliche Vorlage 17/209

– keine Wortbeiträge

19 Kampf gegen Geldwäsche (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6538

– keine Wortbeiträge

20 Standort für den Sitz der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage /6534

– keine Wortbeiträge

22 Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung im Innenministerium (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6535

– keine Wortbeiträge

23 Unbesetzte Leitungsstellen bei der Polizei NRW *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6549

Auf die Frage von **Markus Wagner (AfD)**, wann denn nun die vakante Stelle in Oberhausen besetzt werde, teilt **Minister Herbert Reul (IM)** mit, dies werde zügig erfolgen.

24 Aktuelle Entwicklungen im Spektrum der Gegner*innen der Corona-Schutzmaßnahmen *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6536

Verena Schäffer (GRÜNE) spricht mit Blick auf die Straftaten von einer krassen Entwicklung in wenigen Wochen und fragt nach Auswirkungen des Ukrainekriegs. Beim im Bericht genannten rechtsextremistischen Youtuber dürfte es sich wohl um Tim Kellner handeln, den Aufnahmen mit einer Person der seit vielen Jahren verbotenen Heimmattreuen Deutschen Jugend zeigten, weshalb sie die Verknüpfung des Spektrums der Coronaleugnerbewegung zu völkischen Gruppierungen gerade in Ostwestfalen/Lippe interessiere.

Ausweislich des Berichts veröffentliche die Szene der Coronaleugnerbewegung Anschriften und Daten von Personen, um sie vor allem verbal zu konfrontieren. Sie möchte wissen, ob die Sicherheitsbehörden Gefährdetenansprachen durchführten, ob sie dafür sorgten, dass diese Angaben wieder aus dem Netz genommen würden, und wie die Polizei mit diesem Phänomen umgehe.

Nic Peter Vogel (AfD) fragt, ob sich die Urkundenfälschung nicht nur auf Impfpässe, sondern auch auf gefälschte Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht beziehe. Er moniert, beim Anstieg der Straftaten werde nicht danach differenziert, ob sie von den Coronaskeptikern oder von den Gegendemonstranten erfolgten.

MDgt'in Dr. Daniela Lesmeister (IM) spricht vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges von leicht rückläufigen Versammlungen. Eine Positionierung ihrer Teilnehmer lasse sich nicht erkennen. Die Urkundenfälschung beziehe sich auch auf Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht. Sie sagt die Beantwortung der Frage nach den Anschriften im Nachgang zu.

LMR Jürgen Kayser (IM) teilt mit, nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes nähmen Personen aus dem von Verena angesprochenen Spektrum teil, ohne dass man bereits von einer strategischen Vernetzung sprechen könne. Im Coronaprotestspektrum finde man wie in Teilen der rechten Szene zum einen prorussische Narrative, wonach die NATO provoziert habe; zum anderen herrsche ein gewisses Unverständnis, dass der Ukrainekrieg so viele Menschen zu Demonstrationen auf die Straße bringe anstatt für den viel wichtigeren Protest gegen die Coronamaßnahmen der Politik. Auch werde behauptet, es handele sich gar nicht um einen echten Krieg, sondern es solle bloß der große Austausch vorangetrieben werden. So gesehen werde der Ukrainekrieg von der Szene stark aufgegriffen.

25 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6537

– keine Wortbeiträge

26 Bombendrohungen gegen Gerichte am 4. Februar 2022 *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6551

– keine Wortbeiträge

27 Verbleib von Polizeimunition aus NRW auf einen Schießstand in Güstrow
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6561

Nach einem Bericht von tagesschau.de habe der Polizeibeamte seinerzeit beim LAFP gearbeitet, privat am Training in Güstrow teilgenommen und dafür ohne Genehmigung Munition aus den Dienstbeständen der Polizei verwendet, so **Verena Schäffer (GRÜNE)**. Es besorge sie zutiefst, dass dies so einfach möglich sei.

Minister Herbert Reul (IM) sagt die sorgfältige Aufklärung zu.

MDgt'in Dr. Daniela Lesmeister (IM) bestätigt die vorherige Tätigkeit beim LAFP, verweist aber mit Blick auf die anderen Fragen auf das laufende Verfahren.

28 Messerattacken in der Düsseldorfer Altstadt während der Karnevalstage *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10])*

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Ich muss vorwegschicken, dass es sich in beiden Fällen um laufende Ermittlungsverfahren handelt, an denen mit Hochdruck gearbeitet wird, sodass wir nur begrenzt Aussagen treffen können; was ich sagen kann, will ich aber vortragen.

Als ich von diesen beiden Vorfällen gehört habe, hat es mich richtig erwischt. Sie wissen ja: Ich bin selbst ein begeisterter Karnevalist. Wenn ich mir dann vorstelle, dass da junge Menschen zum Feiern mit Freundinnen und Freunden unterwegs sind, nach all der Coronazeit wieder mal Spaß und Frohsinn im Karneval haben möchten, und dann passiert so etwas, schockiert mich das schon, weil wieder einmal junge Menschen in der Altstadt lebensbedrohlich verletzt wurden.

Streitigkeiten gab und gibt es immer – in der Altstadt, auf anderen Partymeilen und auch im Karneval –, aber Leute, die mir nichts, dir nichts mit dem Messer auf Menschen losgehen, stellen schon eine besondere Entwicklung dar. Ich habe das schon mal gesagt: Hier, aber nicht nur in diesen Bereichen, erleben wir wieder ganz bestimmte Menschen, nämlich Gruppen junger Männer, oft mit Migrationshintergrund, meistens alkoholisiert und aggressiv.

Die erste Messerattacke ereignete sich am Sonntag, 27. Februar 2022, gegen 17:45 Uhr; das war Karnevalssonntag. Auf dem Burgplatz – also mitten in der Düsseldorfer Altstadt – kam es zu Streitigkeiten zwischen zwei Tatverdächtigen und drei Geschädigten, alle männlich. Die Streitigkeit eskalierte derart, dass die drei Geschädigten mit einem Messer attackiert und teils schwer und sogar lebensgefährlich verletzt wurden. Die Tatverdächtigen sind unerkannt geflüchtet.

Es wurde aber in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Düsseldorf sofort eine Mordkommission der Polizei Düsseldorf eingesetzt. Bei den Ermittlungen konnte glücklicherweise auf Videoaufnahmen durch die Kameras in der Altstadt und am Bahnhof zurückgegriffen werden, auf denen der Tatverdächtige zu sehen war. Ich weiß, dass die einen für Videoaufnahmen und die anderen dagegen sind; vielleicht sollte man das wirklich pragmatisch sehen. In dem Fall waren wir auf jeden Fall froh, dass sie da waren.

Die Polizei hat am 1. März 2022 – also am Veilchendienstag – genau diese Aufnahmen für eine gerichtlich angeordnete Öffentlichkeitsfahndung genutzt. Noch am selben Abend stellten sich die beiden Tatverdächtigen der Polizei. Gegen einen von ihnen wurde ein Untersuchungshaftbefehl erlassen; der andere wurde entlassen.

Nun zur zweiten Messerattacke: Dieser Angriff ereignete sich am Rosenmontag, den 28. Februar 2022, etwa gegen 21:20 Uhr. Der Geschädigte befand sich in Begleitung einer Bekannten auf der Ritterstraße in Düsseldorf. Plötzlich wurde er von drei Personen angerempelt, mit einem Messer attackiert und schwer verletzt. Der Geschädigte musste mit dem Rettungswagen in ein Krankenhaus transportiert und dort behandelt werden. Seine Begleitung blieb nach jetzigem Stand unverletzt.

Die Täter flüchteten sofort und konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Die Polizei Düsseldorf steckt aber noch mitten in den Ermittlungen und hat auch für diesen Sachverhalt eine Mordkommission eingerichtet. Da wird akribisch ermittelt; geben wir den Polizeibeamtinnen und -beamten hierzu etwas Zeit, um aus den vielen kleinen Puzzlestücken vielleicht doch noch etwas zu machen.

Ich kann jetzt leider nicht mehr dazu sagen, weder zur Frage der Nationalität noch zu dem Betroffenen, weil die Staatsanwaltschaft das nicht erlaubt. Insgesamt geht es um die Frage, wie man mit solchen Örtlichkeiten umgeht und welche Möglichkeiten man hat. Am Wochenende darauf ist die Messerverbotzone mit größerem Polizeieinsatz kontrolliert worden. Wir haben eine größere Zahl von Messern und Waffen gefunden.

Das Instrument löst nicht alle Probleme, was auch nie einer behauptet hat, aber es kann helfen. Vielleicht muss man das auch noch öfter machen, um damit die Wirkung zu erzielen, dass sich herumspricht: Wenn du dahin gehst, musst du damit rechnen, erwischt zu werden. Dann ist das Messer futsch, und du kriegst auch noch eine Strafe.

Es hilft uns bei den jetzt lebensbedrohlich Verletzten überhaupt nicht – das muss man auch sagen –, denn jeder Fall, der dann doch passiert, ist einer zu viel. Wir werden aber wahrscheinlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir 100 % nicht erreichen werden, sondern wir können immer nur noch ein Stückchen besser werden. Wahrscheinlich ist die Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen hilfreich. Wir stehen auch in Gesprächen mit der Stadt Düsseldorf, um diese Lokalität noch etwas intensiver behandeln zu können. Sie wissen, dass wir im Bahnhofsbereich in Köln eine gemeinsame Anlaufstelle organisiert haben. Ähnliches überlegen wir auch für Düsseldorf.

gez. Daniel Sieveke
Vorsitzender

10 Anlagen

03.05.2022/03.05.2022

11



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Daniel Sieveke (Mdl)
Vorsitzender des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Sven Wolf

Stellvertretender Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2670
Fax: 0211 – 884 3241
Sven.Wolf@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

08.03.2022

Beantragung einer Dringlichen Frage für die Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

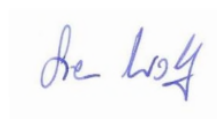
gemäß § 59 der Geschäftsordnung des nordrhein-westfälischen Landtags richte ich zur Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022 eine Dringliche Frage an die Landesregierung:

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine wächst die Sorge, dass es im Zuge des rücksichtslosen Vorgehens der russischen Militärverbände auch zu mutwilligen oder fahrlässig herbeigeführten Zerstörungen bzw. zu Störfällen in ukrainischen Atomkraftwerken kommen könnte. So haben in der Nacht zum 04.03.2022 russische Truppen offenbar das europaweit größte Atomkraftwerk in der ukrainischen Stadt Saporischschja beschossen und unter ihre Kontrolle gebracht. Auf dem Gelände des Kernkraftwerks brach demnach nach dem Einschlag eines Projektils in einem Gebäude ein Feuer aus, das durch Einsatzkräfte gelöscht werden konnte. Die Reaktorblöcke waren von dem Brand glücklicherweise nicht betroffen und sind nach Auskunft der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) offenbar intakt. In der Ukraine gibt es insgesamt 15 einzelne Nuklearreaktoren, von denen vor dem Brand neun in regulärem Betrieb gewesen sein sollen. Die IAEA zeigte sich angesichts der Lage „extrem besorgt“. Insgesamt wachsen die Befürchtungen, dass weitere Atomreaktoren in der Ukraine durch Kampfhandlungen gefährdet werden könnten oder dass es in besetzten Atomkraftwerken durch Fahrlässigkeiten zu einem Störfall kommen könnte und dass dadurch Radioaktivität freigesetzt werden könnte.

Aufgrund der aktuellen Lage und den damit verbunden erheblichen sicherheitspolitischen Auswirkungen besteht somit ein dringendes öffentliches Interesse an der Beantwortung der folgenden Frage:

Wie ist vor dem Hintergrund der Warnungen der IAEA der Bevölkerungsschutz in Nordrhein-Westfalen auf einen potentiellen Zwischenfall in einem Atomkraftwerk in der Ukraine vorbereitet?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Sven Wolf', is centered on the page.

Sven Wolf

Markus Wagner

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -



Düsseldorf, 7. Februar 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 100. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 100. Sitzung des Innenausschusses am 10. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

„Staatsanwälte vor Ort“ in Duisburg

Seit dreieinhalb Jahren werden in dem Projekt "Staatsanwälte vor Ort" in Duisburg zwei Staatsanwälte eingesetzt, die sich speziell auf die Clankriminalität fokussieren. Insgesamt wurden Haftstrafen von fast ca. 140 Jahren ausgesprochen und über 1,8 Millionen Euro an Vermögenswerten wurden beschlagnahmt.¹

Dabei wurde offenbar, dass Clanmitglieder Zeugen oftmals unter Druck setzen, um Einfluss auf die laufenden Verfahren zu nehmen.² Auffällig ist, dass auf diese Zeugen größtenteils dann Einfluss genommen wird, nachdem einem Verteidiger deren Namen und Adressen aus der Einsicht in die Akten bekannt geworden sind.³

Justizminister Biesenbach will die Zahl der Staatsanwälte von zwei auf insgesamt vier erhöhen. Des Weiteren wies er auf die Personalprobleme bei der Polizei hin.⁴

¹ https://www.zeit.de/news/2022-02/03/140-jahre-haft-18-millionen-erfolg-im-kampf-gegen-clans?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

² <https://www.merkur.de/deutschland/nordrhein-westfalen/140-jahre-haft-millionen-erfolg-im-kampf-gegen-clans-zr-91278748.html?cmp=defrss>

³ https://rp-online.de/nrw/panorama/clans-duisburg-arabische-clans-schuechtern-zeugen-ein_aid-65914071

⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/projekt-staatsanwaelte-clans-duisburg-biesenbach-100.html>

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit wird die Notwendigkeit gesehen, mehr Kriminalbeamte einzustellen, wie es Justizminister Biesenbach gefordert hat?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdB

Markus Wagner

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -



Düsseldorf, 16. Februar 2021

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 100. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 100. Sitzung des Innenausschusses am 10. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

**I.
Bislang keine Terrorkämpfer ausgebürgert**

Vor über zwei Jahren wurde das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert. Das Bundesinnenministerium teilte mit, dass seitdem allerdings kein Fall bekannt sei, wonach es zu einem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit gekommen wäre, weil sich eine Person „an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ beteiligte. Obwohl seit der Gesetzesänderung mehrere mutmaßliche Mitglieder der Terrormiliz Islamischer Staat in Deutschland angeklagt wurden, wurde die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen. Eine rückwirkende Anwendung finde nämlich nicht statt. Außerdem sei nicht der Zeitpunkt der Rückkehr nach Deutschland entscheidend, sondern der Zeitraum, in dem der deutsche Staatsangehörige für eine Terrororganisation gekämpft habe. Darüber hinaus sollte durch das Gesetz eine Einbürgerung von Ausländern bei Mehrehen unterbunden werden.¹

¹ Vgl. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/bislang-keine-terrorkaempfer-ausgebueuert/>.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie viele Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit halten sich zurzeit in Nordrhein-Westfalen auf, von denen bekannt ist, dass sie an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland beteiligt waren?
2. Wie viele Personen mit oder ohne deutscher Staatsangehörigkeit leben in Nordrhein-Westfalen in einer Mehrehe? (Bitte nach Staatsangehörigkeit aufschlüsseln)
3. Wie viele in Nordrhein-Westfalen lebende Personen erfüllen die im Staatsangehörigkeitsrecht verankerten Kriterien, die zum Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft führen? (Bitte nach Staatsangehörigkeit aufschlüsseln)
4. Gegen wie viele mutmaßliche Mitglieder einer Terrormiliz sind zurzeit polizeiliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungen anhängig?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdB

Markus Wagner

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -



Düsseldorf, den 22. Februar 2022

Beantragung von Tagesordnungspunkten für die 100. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 101. Sitzung des Innenausschusses am 10. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion die nachfolgenden Tagesordnungspunkte mit der Bitte um schriftliche Berichte der Landesregierung:

I.**Angriffe auf Geldausgabeautomaten in NRW steigen exorbitant**

Die Attacken auf Geldausgabeautomaten in Nordrhein-Westfalen reißen nicht ab. In den ersten Wochen dieses Jahres hat sich die Anzahl der Anschläge im Vergleich zum Vorjahresbeginn mehr als verfünffacht.¹ Bis zum Stichtag 14. Februar 2022 wurden 33 Taten registriert, während es in diesem Zeitraum im Jahr 2021 „nur“ 6 Fälle gewesen sind.² Es soll ein Gespräch mit den Banken stattfinden.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Worin sieht die Landesregierung die Gründe für die drastische Zunahme der Angriffe auf Geldausgabeautomaten?
2. Welche Forderungen und Vorschläge werden den Banken unterbreitet?

¹ <https://www.zeit.de/news/2022-02/15/geldautomaten-bomber-in-hoehchstform-attacken-verfuenffacht>

² <https://www.nrz.de/region/rhein-und-ruhr/sprengattacken-auf-geldautomaten-in-nrw-verfuenffacht-id234575683.html>

3. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu der Fragestellung, Hersteller und Betreiber von Geldausgabeautomaten gesetzlich zu verpflichten, weitergehende Sicherungsmaßnahmen umzusetzen?
4. Aus welchen Gründen ist das Problem der Geldausgabeautomatensprengungen so schwer in den Griff zu bekommen?
5. Welche Möglichkeit sieht die Landesregierung, die Zusammenarbeit mit niederländischen Behörden auszubauen?

II.

Schusswaffengebrauch bei Polizeieinsätzen

Im Jahr 2021 gab es in Nordrhein-Westfalen 30 Schusswaffeneinsätze von Polizeibeamten gegen Menschen.³ Dabei sind drei Personen getötet und neun Bürger verletzt worden. In 1.928 Fällen wurden die Dienstwaffen gegen Tiere eingesetzt.⁴

Ich frage daher die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen haben Polizisten aus Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2017 bis heute von der Schusswaffe Gebrauch gemacht? (Bitte nach Jahr, Grund des Einsatzes, Warnschüssen, Schüssen auf Personen, Schüssen auf gefährliche, kranke oder verletzte Tiere, Schüssen auf Fahrzeuge, Schüssen auf Sachen und sonstiger Einsatz von Schusswaffen aufschlüsseln)
2. In wie vielen Fällen wurden seit dem Jahr 2017 bis heute durch Schüsse von Polizeibeamten Menschen getötet oder verletzt? (Bitte nach Jahren sowie Getöteten und Verletzten aufschlüsseln)?
3. Welchen strafprozessualen Verlauf (Einstellung, Hauptverfahren, Verurteilung etc.) nahmen die Verfahren bisher?
4. Welche Maßnahmen werden durchgeführt, um die Polizeibeamten auf den Einsatz von Schusswaffen während und nach der Ausbildung vorzubereiten?
5. In wie vielen Fällen wurden Polizeibeamte in dem genannten Zeitraum im Dienst durch Gewaltanwendung getötet oder verletzt? (Bitte nach Jahr, Art des Polizeieinsatzes, Tötlichkeit, Tatmittel, Straftatbestand, Tatverdächtige, Einfluss berauschender Mittel,

³ https://rp-online.de/nrw/panorama/drei-menschen-wurden-2021-von-nrw-polizisten-in-einsaetzen-erschossen_aid-66414179

⁴ <https://www.express.de/nrw/nrw-polizisten-erschossen-2021-drei-menschen-bei-einsaetzen-88476>

Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen und Vornamen deutscher Tatverdächtiger aufschlüsseln)

III.

Verbreitung von Kinderpornografie durch Minderjährige

Immer öfter wird Kinderpornografie von Kindern und Jugendlichen verbreitet, berichtet Innenminister Reul.⁵ Im Jahr 2019 betrug der Anteil an diesen Tatverdächtigen 887 Personen. Im Vergleich zum Jahr 2019 ist der Anteil minderjähriger Tatverdächtiger im Jahr 2020 auf 1.969 Personen gestiegen.⁶ Die Anzahl der registrierten Delikte hat sich mehr als verdoppelt.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Motive spielen im Bereich der Kinderpornografie für Minderjährige eine Rolle?
2. Wie erklärt sich die Landesregierung den starken Anstieg an minderjährigen Tatverdächtigen in einem Jahr?
3. Welche Präventionsmaßnahmen existieren es im Einzelnen für diesen Bereich?
4. Wie viel Prozent der Fälle im Bereich der Kinderpornografie wurden aufgeklärt?
5. Welche Maßnahmen und Strafen des Jugendstrafrechtes wurden angewendet? (Bitte nach Alter, Geschlecht und Maßnahme aufschlüsseln)

IV.

Jede dritte Straftat in Nordrhein-Westfalen wird von einem Migrant begangen

Am 21.02.2022 stellte Innenminister Reul die polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2021 vor. Coronabedingt gab es Rückgänge z. B. bei den Wohnungseinbrüchen, da viele Bürger sich im Homeoffice befanden. Bei der Vorstellung hat der Innenminister erklärt, dass jeder dritte Straftäter einen „Nicht-deutschen-Hintergrund“ hat, wobei der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei 13,8 Prozent lag.⁷

⁵ <https://www.wn.de/nrw/immer-mehr-minderjaehrige-verbreiten-kinderpornografie-2527755?pid=true#:~:text=Nach%20Angaben%20des%20NRW%20Innenministeriums%20hat%20sich%20die%20Zahl%20der,die%20Zahl%20noch%20bei%20272.>

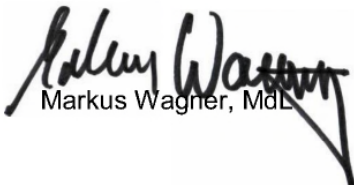
⁶ <https://www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-aktuell/kinderpornografie-die-taeter-sind-oft-selbst-kinder-78285424.bild.html>

⁷ https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23198544_Reul-Jeder-dritte-Tatverdaechtige-in-NRW-hat-einen-Migrationshintergrund.html

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie viele Straftaten wurden nach Kenntnis der Landesregierung, im Jahr 2021 von Personen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen begangen? (Bitte nach Geschlecht, Straftatbeständen und Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen aufschlüsseln)
2. Welchen strafprozessualen Verlauf (Einstellung, Hauptverfahren, Verurteilung etc.) nahmen die Verfahren bisher?
3. Wie viele Straftaten wurden davon von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden begangen ? (Bitte nach Geschlecht, Alter, Straftatbeständen und Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen aufschlüsseln)
4. Bei wie vielen Personen wurden aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchgeführt? (Bitte nach Straftatbeständen und Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen aufschlüsseln)
5. Wie hoch war der Anteil von Ausländern an der Gesamtzahl der Straftaten? (Bitte nach Straftatbeständen und Staatsbürgerschaften aufschlüsseln)

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdL

Markus Wagner

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -



Düsseldorf, 23. Februar 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 100. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 100. Sitzung des Innenausschusses am 10. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

**I.
Katastrophenszenario: Stromausfall**

Neben Corona oder der Möglichkeit eines drohenden Kriegs in Europa sei vor allem ein flächendeckender Stromausfall die größte Bedrohung, die sich Deutschland gegenübersteht. Nach Ausführungen Wolfram Geier, Abteilungsleiter für Risikomanagement und internationale Angelegenheiten im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), zähle ein Blackout aktuell „zu den größten Risiken für unser Land.“¹ Ein Stromausfall und seine Folgen würde „ab drei Tagen aufwärts [...] zu katastrophalen Zuständen führen“, gibt er zu bedenken.²

So führte Jörg Asmussen, GDV-Hauptgeschäftsführer, aus, dass Deutschland nicht „auf die Folgen eines flächendeckenden Stromausfalls ausreichend vorbereitet“ sei. Darüber hinaus sei auch eine notwendige „Sensibilität für die Folgen eines Blackouts in keiner gesellschaftlichen Gruppe“ vorhanden, wie der frühere Präsident des Technischen Hilfswerks in einem Lagebericht des GDV zitiert. Insofern sei „Deutschland auf einen Blackout überhaupt nicht vorbereitet.“³

¹ Vgl. <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/nicht-krieg-nicht-corona-das-ist-die-groesste-bedrohung-fuer-unser-land-79167976.bild.html>.

² Vgl. https://www.focus.de/wissen/energieversorgung-gefaehrdet-koalitionsgespraechе-und-blackout-energie-wende-macht-stromausfall-nun-immer-wahrscheinlicher_id_24301974.html.

³ Vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/versicherungsverband-gdv-deutschland-nicht-ausreichend-auf-blackout-vorbereitet/28072822.html?ticket=ST-16181317-qYxPIigsN65HHtAXzNI2-ap4>.

Grund für die Gefahr ist der Umstand, dass Deutschland unter der Energiewende leide und Ende dieses Jahres die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollen. Die notwendige Stromerzeugung soll mit einem steigenden Anteil wetterabhängiger Sonnen- und Windenergie kompensiert werden. Gleichzeitig steigt aber der Stromverbrauch bundesweit.⁴

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Welche Sicherheitsstufen und Schutzmechanismen für die nordrhein-westfälische Stromversorgung gibt es nach Kenntnis der Landesregierung, bis es zu einem völligen Zusammenbruch (Blackout) der Übertragungsnetze in Nordrhein-Westfalen kommen könnte?
2. Welche Vorsorgemaßnahmen hat die Landesregierung getroffen, um auch im Falle eines völligen Zusammenbruchs (Blackout) der Übertragungsnetze die zumindest zeitweise Funktionsfähigkeit des Wirtschafts- und Digitalstandortes Nordrhein-Westfalen sicherzustellen?
3. Welche Vorkehrungen hat die Landesregierung selbst für den Fall eines völligen Zusammenbruchs der Stromversorgung getroffen, um die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Lebensmittelversorgung, das Gesundheitswesen, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beziehungsweise Sicherheit usw. zu gewährleisten?
4. Sieht die Landesregierung die Notwendig, diesbezüglich gesetzgeberische Handlungen vorzunehmen, und wenn keine Vorkehrungen getroffen wurden, warum nicht?
5. Welche Vorkehrungen existieren, um die Kommunikation innerhalb der Bundesbehörden mit den Landesbehörden und mit der Bevölkerung sowie mit Einsatz-, Hilfs- und Rettungsorganisationen aufrechtzuerhalten, und über welche Zeitspanne soll diese Kommunikation aufrechterhalten werden können?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdB

⁴ Vgl. <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/nicht-krieg-nicht-corona-das-ist-die-groesste-bedrohung-fuer-unser-land-79167976.bild.html>.

Markus Wagner

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -



Düsseldorf, 23. Februar 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 100. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 100. Sitzung des Innenausschusses am 10. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

**I.
Clan-Razzia in Duisburg mit 200 Polizisten**

Heute Morgen wurden im Zuge einer Clan-Razzia acht Wohnungen sowie ein deutsch-libanesischer Kulturverein in Duisburg gestürmt und durchsucht. Bei dem Einsatz waren knapp 200 Polizisten beteiligt und Spürhunde wurden eingesetzt. Nach Informationen der Bild-Zeitung kam es zu mehreren Festnahmen. Bei den Verdächtigen handelt es sich um Mitglieder einer türkisch-arabischen Großfamilie. Hintergrund dieser Razzia ist ein am 11. Oktober 2021 stattgefundenener bewaffneter Überfall auf einen Juwelier in Duisburg, bei dem Gold im Wert von über einer Million gestohlen wurde.¹

¹ Vgl. <https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/duisburg-clan-razzia-nach-millionen-raub-79244580.bild.html>.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie ist der momentane Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hinsichtlich dieser Razzia in Duisburg? (Bitte Tatverdächtige, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, Vornamen deutscher Tatverdächtiger und sonstige polizeilichen Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen)
2. Wurden Gold oder andere Gegenstände, die dem bewaffneten Überfall auf das Juweliergeschäft am 11.10.2021 zugeschrieben werden können, sichergestellt?
3. Wurde bei den Durchsuchungen noch weiteres Bargeld aus ungeklärter Herkunft beschlagnahmt?
4. Konnten Substanzen, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen, bei den Durchsuchungen beschlagnahmt werden? (Bitte ggf. nach Mittel auflisten)
5. Wurden bei den Durchsuchungen der Gebäude bzw. der verdächtigen Mitglieder der Großfamilie Waffen sichergestellt? (Bitte nach Waffenart aufschlüsseln)

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdB



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Daniel Sieveke (MdL)
Vorsitzender des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Hartmut Ganzke (MdL)

Innenpolitischer Sprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2651
Fax: 02303 – 253 1499
Hartmut.Ganzke@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

28.02.2022

Beantragung von schriftlichen Berichten für die Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022 folgende schriftliche Berichte:

1. Abwehr von Cyberangriffen

Nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine und den darauffolgenden Sanktionen des Westens gegen Russland und seine Wirtschaft gibt es zunehmende Appelle zur verstärkten Wachsamkeit im Hinblick auf mögliche russische Cyberangriffe. So warnte das Bundesinnenministerium diesbezüglich vor einer erhöhten Gefahr und forderte Unternehmen auf, ihre Sicherheitsmaßnahmen hochzufahren. Betreiber von kritischer Infrastruktur - wie zum Beispiel Telekommunikationsunternehmen oder Energieversorger - hätten „umfangreiche Handlungsempfehlungen“ erhalten. Auch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr beobachtet eine Zunahme von Propaganda und erwartet, dass Deutschland zunehmend Ziel von Cyberattacken werden könnte.

Das britische National Cyber Security Centre warnte laut Nachrichtenagentur Reuters bereits am 22.02.2022 vor potenziellen Digitalangriffen mit internationalen Konsequenzen. Es rief ebenfalls dazu auf, Schutzmaßnahmen zu stärken.

Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26.02.2022 sind IT-Spezialisten zudem auf die neue Variante einer Softwarewaffe mit dem Namen „Hermetic Viper“ gestoßen. Dieses als sehr aggressiv und effizient bezeichnete Schadprogramm wurde demnach vor einigen Wochen in den IT-Strukturen ukrainischer Organisationen entdeckt und könne alle Daten auf der Festplatte eines Computers löschen. Mit ihr lasse sich quasi jedes Netzwerk angreifen und ausschalten. Da das Programm weder eine eingebaute Bremse habe noch zeitliche Befristungen kenne, könne es sich über das Internet global und rasch ausbreiten. Auf den ersten Blick sehe es wie ein einfaches digitales Erpresserprogramm - eine sogenannte Ransomware - aus. Auf den zweiten Blick erweise es sich aber als digitale Waffe, die alle Daten eines befallenen Systems auslösche.

Unabhängig davon warnt das Bundesamt für Verfassungsschutz nach einem Bericht des SPIEGEL vom 26.01.2022 vor einer neuen Welle von Hackerangriffen aus China auf deutsche Unternehmen. Dem Amt lägen demnach „Erkenntnisse über eine anhaltende Cyberspionagekampagne durch die Cyberangriffsgruppierung APT 27 vor“. Hinter diesem Kürzel verberge sich eine chinesische Hackergruppe, die auch unter dem Namen „Emissary Panda“ bekannt sei. In der Vergangenheit sei sie bereits für Attacken auf westliche Regierungsstellen verantwortlich gemacht worden. Unter anderem seien Unternehmen aus den Bereichen Pharma und Technologie im Visier. Es könne laut Verfassungsschutz dabei auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Täter neben dem Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen und geistigem Eigentum versuchen könnten, zusätzlich in Netzwerke von Kunden und Dienstleistern der Firmen einzudringen. Solche sogenannten Supply-Chain-Angriffe können dazu genutzt werden, um mit einer Attacke mehrere nachgelagerte Unternehmen zu infiltrieren.

Nach dem Bericht des SPIEGEL hatte der Verfassungsschutz bereits im vergangenen Jahr zudem in einem Bericht für die Innenministerkonferenz vor einer Zunahme von Hackerangriffen Chinas auf deutsche Politiker und Parteien gewarnt. Diese Angriffsversuche richteten sich unter anderem „gegen Abgeordnete und private E-Mail-Konten politischer Gruppierungen“.

Wir bitten die Landesregierung diesbezüglich um eine schriftliche Stellungnahme, insbesondere zu den potentiellen Auswirkungen auf politische bzw. staatliche Institutionen, Unternehmen und kritische Infrastrukturen in Nordrhein-Westfalen sowie über den aktuellen Sachstand im Hinblick auf das Ergreifen von Abwehrmaßnahmen.

2. Großbrand in einem Wohnkomplex in Essen am 20/21.02.2022

In der Nacht vom 20. auf den 21.02.2022 war in Essen ein viereinhalbstöckiger Gebäudekomplex mit 39 Wohnungen in Brand geraten. Nach Presseberichten hatten die Flammen innerhalb kurzer Zeit die komplette Fassade des etwa 65 Meter langen Gebäudes erfasst. Die Essener Feuerwehr selbst sprach im Hinblick auf den Brand von einer "bisher unbekanntem Größenordnung". Auch Tage danach seien in dem abgebrannten Gebäude immer wieder Glutnester aufgeflammt. Am 22.02.2022 gab der Eigentümer - das Unternehmen Vivavest - schließlich bekannt, dass der Wohnkomplex abgerissen werden muss.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um einen schriftlichen Bericht über den aktuellen Sachstand, insbesondere über die bisherigen Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Untersuchung der Brandursache.

3. Kampf gegen Geldwäsche

In der Großen Anfrage der SPD Fraktion „Wie ist die Lage bei Polizei und innerer Sicherheit in Nordrhein-Westfalen?“ (Drucksache 17/9453) vom 25.05.2020 hatte die SPD die Landesregierung unter anderem gefragt, wie viele Stellen derzeit in Nordrhein-Westfalen mit der geldwäscherechtlichen Aufsicht - aufgeschlüsselt nach Bezirksregierungen - über den gewerblichen Güterhandel und das Online-Glücksspiel befasst sind.

Die Antwort der Landesregierung vom 02.12.2020 (Drucksache 17/12015) lautete wie folgt:

„Die nachfolgenden Stellenangaben beziehen sich nur auf die geldwäscherechtliche Aufsicht über den gewerblichen Güterhandel.

- Bezirksregierung Arnsberg: 3 Stellenanteile
- Bezirksregierung Detmold: 3 Stellenanteile
- Bezirksregierung Düsseldorf: 3 Stellenanteile
- Bezirksregierung Köln: 3 Stellenanteile
- Bezirksregierung Münster: 3 Stellenanteile

Die mit der geldwäscherechtlichen Aufsicht befassten Stellen sind neben der geldwäscherechtlichen Aufsicht über den gewerblichen Güterhandel auch mit der Aufgabe der geldwäscherechtlichen Aufsicht über die Immobilienmakler, Versicherungsvermittler, Finanzunternehmen, Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen sowie nicht verkammerte Rechtsdienstleister befasst.“

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht mit einer aktualisierten Mitteilung, wie viele Stellen derzeit bei den jeweiligen Bezirksregierungen mit geldwäscherechtlicher Aufsicht beschäftigt sind.

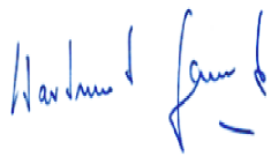
Zudem bitten wir um eine aktualisierte Mitteilung, wie viele entsprechende Vor-Ort-Kontrollen durch die Bezirksregierungen im Zeitraum von Anfang 2020 bis heute durchgeführt wurden.

4. Standort für den Sitz der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW hat bislang ihren Sitz in Gelsenkirchen. Da die Räumlichkeiten in den bisherigen Gebäuden für die Bedürfnisse der Hochschule nicht mehr ausreichen, wurde im vergangenen Jahr ein Wettbewerbsverfahren um den neuen Standort für den Sitz der Hochschule eingeleitet. An diesem Verfahren sollen sich Investoren mit Standorten in Gelsenkirchen, Herne, Bochum und Dortmund beteiligt haben. Nach Medienberichten soll der Investor mit einem Standort in Herne den Zuschlag erhalten haben.

Wir bitten in diesem Zusammenhang um einen schriftlichen Bericht über die Hintergründe, ausschlaggebenden Faktoren und den Verlauf des Standortwettbewerbsverfahrens.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Harald Fuchs'.



VERENA SCHÄFFER MDL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
Herr Daniel Sieveke MdL
- im Hause -

Verena Schäffer MdL
Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Innenpolitik und
Strategien gegen Rechtsextremismus

Landtagsbüro
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (211) 884 – 4321
Fax: +49 (211) 884 – 3334
Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de
www.verena-schaeffer.de

Wahlkreisbüro
Bergerstraße 38
58452 Witten

Düsseldorf, den 28.02.2022

Berichtswünsche für die Sitzung des Innenausschusses am 10. März 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die oben genannte Sitzung des Innenausschusses beantrage ich im Namen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Tagesordnungspunkte:

- I. Schutz vor Cyberattacken und anderen hybriden Angriffen**
- II. Stärkung des Katastrophenschutzes in NRW: Wie bewertet Innenminister Reul die ihm vorgelegten Untersuchungsberichte und welche Änderungen sind geplant?**
- III. Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung im Innenministerium**
- IV. Unbesetzte Leitungsstellen bei der Polizei NRW**
- V. Aktuelle Entwicklungen im Spektrum der Gegner*innen der Corona-Schutzmaßnahmen**
- VI. Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Stabstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“**
- VII. Bombendrohungen gegen Gerichte am 4. Februar 2022**
- VIII. Verbleib von Polizeimunition aus NRW auf einem Schießstand in Güstrow**

Im Einzelnen:

I. Schutz vor Cyberattacken und anderen hybriden Angriffen

Seit mehreren Jahren steigt die Zahl hybrider Angriffe auf öffentliche wie private Ziele in der Bundesrepublik und in NRW und die Gefahr hiervor insgesamt. Dies wurde vor kurzem bei der achten Cyber-Sicherheitskonferenz in München bekräftigt¹. Diese Gefahr wird nach dem Angriff Putins auf die Ukraine und nach den hierauf folgenden Reaktionen europäischer Staaten voraussichtlich zunehmen.

In einem Statement vor Medienvertreterinnen und -vertretern erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 25. Februar, dass das Bundesinnenministerium nach dem Angriff der russischen Armee vier Gefahrenkomplexe identifiziert habe. Als einen Komplex nannte sie die Gefahr von Cyberattacken. Cyberattacken haben verschiedene Ziele. Darunter fallen u.a. die Sabotage von (kritischer) Infrastruktur, Angriffe auf Unternehmen der privaten oder öffentlichen Wirtschaft oder die Beeinträchtigung bzw. Hemmung von Kommunikation.

Dass bei Cyberangriffen ein besonderes Augenmerk auf kritischer Infrastruktur liegt, stellte die Landesregierung in ihrem „Bericht zur Cybersicherheit in Nordrhein-Westfalen 2020“ klar². Die Landesregierung machte in diesem Bereich „weiteren Bedarf für Beratungs- und Präventionsmaßnahmen“ aus³.

In der von der Landesregierung im vergangenen Jahr vorgelegten „Cybersicherheitsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen“⁴, werden sechs Ziele festgelegt: 1. Die Erhöhung der Wahrnehmung von Cybersicherheit, 2. die Cybersicherheitsprävention für kleine und mittlere Unternehmen, 3. die Steigerung der Cybersicherheitskompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, 4. die Steigerung der Effektivität und Effizienz der Kommunikation der Cybersicherheitsakteure im Land und aus dem Land heraus, 5. die Unterstützung der Forschung und des Ausbaus des Wissenschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen, 6. die Verbesserung der Datenlage im Bereich Cybersicherheit⁵. Die Verhinderung von Angriffen auf und die Verbesserung des Schutzes von kritischer Infrastruktur in NRW findet darin nur marginal Erwähnung.

Als einen weiteren Gefahrenkomplex nannte die Bundesinnenministerin gezielte Desinformationen bzw. Falschnachrichten. Vor der Gefahr von Desinformation „aus der höchsten Sphäre Russlands“ warnte auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell in einer Pressekonferenz am 25. Februar im Anschluss an die Sitzung der EU-Außenministerinnen und -Außenminister vom selben Tag.

Ich bitte den Innenminister um einen schriftlichen Bericht darüber, wie sich die Bedrohungslage hybrider Angriffe in NRW wie etwa Cyberattacken oder gezielte Falschnachrichten im Internet seit dem Angriff auf die Ukraine verändert hat, wie sie sich gegen solche hybriden Angriffe schützt, wie sie Bürgerinnen und Bürger, andere Institutionen, Organisationen und vor allem kritische Infrastruktur vor solchen Gefahren warnt, schützt bzw. deren Schutzgrad prüft und ggf. Unterstützung leistet.

¹ <https://www.br.de/nachrichten/netzwelt/russland-ukraine-konflikt-werden-jetzt-auch-kriege-digitalisiert,SxWAOqU>

² Bericht zur Cybersicherheit in Nordrhein-Westfalen 2020, Seite 31 ff., online: <https://www.cybersicherheit.nrw.de/bericht-zur-cybersicherheit-nrw-2020>

³ Bericht zur Cybersicherheit in Nordrhein-Westfalen 2020, Seite 33, rechte Spalte, online: <https://www.cybersicherheit.nrw.de/bericht-zur-cybersicherheit-nrw-2020>

⁴ https://www.cybersicherheit.nrw/system/files/media/document/file/cybersicherheitsstrategie_nrw.pdf

⁵ Cybersicherheitsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen, Seite 21.

II. Stärkung des Katastrophenschutzes in NRW: Wie bewertet Innenminister Reul die ihm vorgelegten Untersuchungsberichte und welche Änderungen sind geplant?

Als Konsequenz auf die verheerende Hochwasserkatastrophe Mitte Juli des vergangenen Jahres wurden seitens der Landesregierung zwei Untersuchungen in Auftrag geben. Zum einen hat die Staatskanzlei den ehemaligen Präsidenten des Technischen Hilfswerks und Vorstandsvorsitzenden des Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit (ZOES) Albrecht Broemme im August 2021 mit der Erstellung eines Gutachtens zur Auswertung der Hochwasserkatastrophe beauftragt. Zum anderen berief Innenminister Reul ein Kompetenzteam ein, das einen Monat später am 24. September 2021 zum ersten Mal zusammentraf und den Auftrag erhielt, „Möglichkeiten zur Verbesserung und Weiterentwicklung des nordrhein-westfälischen Katastrophenschutzes zu erarbeiten“ (Seite 9 des Abschlussberichts des Kompetenzteams⁶). Die Ergebnisse des Kompetenzteams wurden am 15. Februar dieses Jahres vorgestellt.

Ich bitte die Landesregierung um die Vorlage des Abschlussberichts von Herrn Broemme und um einen schriftlichen Bericht, zur Bewertung der beiden Abschlussberichte von Herrn Broemme und des Kompetenzteams durch das Innenministerium sowie zur Beantwortung der Fragen, welche Handlungsempfehlungen aus den Berichten, wie und wann umgesetzt werden sollen und welche Handlungsempfehlungen zur Umsetzung in der kommenden Wahlperiode vorbereitet werden?

III. Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung im Innenministerium

Der Landesrechnungshof und die staatlichen Rechnungsprüfungsämter Detmold und Köln prüften 2020 die Maßnahmen zur Korruptionsprävention bei 15 Behörden und Dienststellen, darunter elf Kreispolizeibehörden, zwei Bezirksregierungen und zwei Institute im Geschäftsbereich des Innenministeriums. Es wurde eine Querschnittsprüfung für die Jahre 2010-2018 durchgeführt, die feststellen sollte, inwieweit die Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes umgesetzt wurden (Jahresbericht 2021 des Landesrechnungshofs NRW, Teil B⁷, Seite 18 (Ordnungsnummer 1.2)).

Nach seiner Prüfung gelangte der Landesrechnungshof zu dem Ergebnis, dass Vorgaben des Korruptionsbekämpfungsgesetzes nicht beachtet wurden (Jahresbericht 2021, Seite 18 (Ordnungsnummer 1.2)). Er stellte vor allem folgende Defizite fest:

- *korruptionsgefährdete Bereiche wurden nicht ermittelt und festgelegt,*
- *das Vieraugenprinzip wurde nicht eingehalten,*
- *der Pflicht zur Personalrotation wurde nicht nachgekommen,*
- *Standards, um die Einheitlichkeit der Korruptionsprävention im Land sicherzustellen, waren nicht vorhanden,*
- *Vorgaben in der Aus- und Fortbildung lagen kaum vor,*
- *es mangelte an korruptionspräventiven Kontrollen durch die Führungskräfte,*
- *die Innenrevisionen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern kamen ihrer korruptionspräventiven Aufgabe nicht ausreichend nach und*
- *die Aufgabenbeschreibungen der Antikorruptionsbeauftragten waren uneinheitlich und teilweise von begrenzter Aussagekraft.*

Das zwischenzeitlich novellierte Korruptionsbekämpfungsgesetz präzisiert in § 19 Absatz 2 Satz 3 die besonders korruptionsgefährdeten Bereiche. Dies entspricht einer Forderung des Landesrechnungshofs. Darüber hinaus hat das Ministerium des

⁶ https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/berkompetenzteam2_0.pdf

⁷ Landesrechnungshof NRW, Jahresbericht 2021. Teil B – Drucksache 17/15942 –, online: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-15942.pdf>.

Innern angekündigt, den Runderlass zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption ebenfalls zu überarbeiten.“ (Jahresbericht 2021 des Landesrechnungshofs NRW, Teil B, Seite 17)

In Stellungnahmen vom 7. Dezember 2020 und vom 13. April 2021 soll das Innenministerium dem Landesrechnungshof gegenüber angekündigt haben, neben dem inzwischen geänderten Korruptionsbekämpfungsgesetz auch die Richtlinie für die Innenrevision mit korruptionspräventiver Zielsetzung im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern zu ändern (Jahresbericht 2021 des Landesrechnungshofs NRW, Teil B, Seite 23 (Ordnungsnummer 1.4)). In der Richtlinie sollten vor allem diese Punkte überarbeitet werden:

„Begriffsbestimmungen in Bezug auf die Gefährdungsanalyse, Handlungsanweisungen für die Festlegung der Anzahl und des Grades der korruptionsgefährdeten Bereiche, die Verpflichtung, Gefährdungsanalysen auf dem aktuellen Stand zu halten, der ausdrückliche Hinweis auf die Pflicht zur Einhaltung und Dokumentation des Vieraugenprinzips, die Konkretisierung der Umsetzung des Rotationsgebotes und der ausdrückliche Hinweis auf die Anwendung und Dokumentation der Dienst- und Fachaufsicht.“ (Jahresbericht 2021 des Landesrechnungshofs NRW, Teil B, Seite 24 f.)

Schließlich habe das Innenministerium zugesagt, diese Maßnahmen umzusetzen:

*„• die fortlaufende Überprüfung der Personalausstattung der Innenrevisionen im Polizeibereich,
• eine Revisionsreihe bei den KPB zur Entwicklung von mehr Standards (Musterverfahren, Mustergefährdungsanalyse und Mustergefährdungsatlas),
• eine Intensivierung der Aufsicht und Berichtspflicht bei den Polizeibehörden zum Stand und Inhalt der Gefährdungsanalysen,
• mehr verpflichtende Aus- und Fortbildungen bei der Polizei und Feuerwehr und
• die Abstimmung mit den Ressorts zur verbindlichen Stellung eines AKB.“ (Jahresbericht 2021 des Landesrechnungshofs NRW, Teil B, Seite 25)*

Ich bitte den Innenminister um einen Bericht zum Stand der Änderung der Richtlinie für die Innenrevision und den gegenüber dem Landesrechnungshof zugesagten weiteren Maßnahmen.

IV. Unbesetzte Leitungsstellen bei der Polizei NRW

Mit den zum Teil seit geraumer Zeit unbesetzten Leitungsstellen des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten NRW, des Polizeipräsidiums Duisburg und Hagen hat sich der Innenausschuss in seinen Sitzungen vom 11. November und 8. Dezember 2021 befasst. Laut den Berichten von Innenminister Reul war das Nachbesetzungsverfahren für das LAFP noch nicht einmal initiiert.

Ich bitte den Innenminister um einen schriftlichen Bericht zu folgenden Fragen:

1. Wann erfolgte die Ausschreibung für die bekanntermaßen im November 2021 vakant werdende Stelle des ehemaligen Direktors des LAFP und wie lautet der Stand des Nachbesetzungsverfahrens?
2. Wann beabsichtigt der Innenminister die seit mehr als acht Monaten, nämlich seit Juli 2021 vakante Stelle der ehemaligen Polizeipräsidentin in Duisburg, nachzubesetzen?

3. Wann beabsichtigt der Innenminister die seit mehr als einem Jahr, nämlich seit Januar 2021 vakante Stelle des ehemaligen Polizeipräsidenten in Hagen, nachzubetzen?

V. Aktuelle Entwicklungen im Spektrum der Gegner*innen der Corona-Schutzmaßnahmen

Einem Bericht der NRZ vom 16. Februar 2022 zufolge zählte das Innenministerium zwischen dem 11. Dezember 2021 und dem 15. Februar 2022 2.300 Versammlungen aus dem Spektrum der Gegner*innen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Dem gleichen Bericht zufolge beobachte das Innenministerium einen kontinuierlichen Anstieg der Versammlungen bis Ende Januar 2022. Seither sei eine Stagnation auf hohem Niveau festzustellen.⁸ Gleichzeitig wird vermehrt über Verstöße bis hin zu Körperverletzungen und Todesdrohungen bei den Versammlungen berichtet:

- Auf der Versammlung vom 12. Februar 2022 in Düsseldorf sollen vier Strafanzeigen wegen Körperverletzungen und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz erstellt sowie 73 Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung festgestellt worden sein.⁹
- Auf der Versammlung vom 19. Februar 2022 in Düsseldorf sollen zwei Strafanzeigen wegen Beleidigung von Polizeibeamten erstellt und 40 Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung festgestellt worden sein.¹⁰
- Auf einer Versammlung am 14. Februar 2022 in Dinslaken soll ein Mann eine Todesdrohung gegen Polizeibeamte ausgesprochen haben.¹¹

In einem Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger vom 10. Februar 2022 wird Innenminister Herbert Reul mit der Aussage zitiert, dass es immer mehr Bedrohungen und Angriffe aus dem Spektrum der sogenannten Corona-Leugner gebe. Inzwischen seien auch Ärzte im Fokus.¹² Bereits in dem Bericht an den Innenausschuss zur Sitzung vom 3. Februar 2022 wurde angegeben, dass für die Jahre 2020 und 2021 1.409 politisch motivierte Straftaten im Zusammenhang mit Corona registriert wurden. 794 hiervon richteten sich gegen Einzelpersonen oder Personengruppen. Fallzahlen für das Jahr 2022 konnten noch nicht genannt werden und auch die Zahlen aus 2021 wurden als vorläufig gekennzeichnet. (Vorlage 17/6376)

Am 19. Februar 2022 veröffentlicht das Netzwerk junger Bürgermeister*innen ein Statement zur Bedrohung von Amtsträger*innen durch das Spektrum der Gegner*innen der Corona-Schutzmaßnahmen. Unter den Unterzeichner*innen sind auch Bürgermeister*innen aus NRW.¹³

⁸ <https://www.nrz.de/region/niederrhein/spaziergaenge-land-zaehlte-bisher-2-300-corona-demos-in-nrw-id234581495.html>

⁹ <https://www.zeit.de/news/2022-02/12/tausende-bei-corona-demo-in-duesseldorf-gegenprotest-der-spd>

¹⁰ <https://www.nrz.de/staedte/duesseldorf/rund-3000-menschen-bei-corona-demo-in-duesseldorf-id234619851.html>

¹¹ <https://www.dorstenerzeitung.de/regionales/mann-aus-nrw-31-droht-polizisten-mit-dem-tod-auf-corona-spaziergang-w1724639-4000447000/>

¹² <https://www.ksta.de/herbert-reul-im-interview--mich-besorgen-die-drohungen-der-corona-leugner--39450536>

¹³ <https://www.junge-buergermeisterinnen.de/aktuelles/>

Medienberichten zufolge sollen am 18. Februar 2022 Durchsuchungen bei einem Funktions-träger von „Die Rechte“ in Dortmund aufgrund des Verdachts von Impfpassfälschungen statt-gefunden haben.¹⁴

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht, der insbesondere auf folgende Fragen eingeht:

1. Wie haben sich die Versammlungen der „Corona-Leugner*innen“ im Hinblick auf An-zahl der Versammlungen, Teilnehmerszahlen, Straftaten, Verstöße gegen Aufla-gen und Infektionsschutzmaßnahmen sowie Beteiligung und Rolle von rechtsextremen Akteur*innen entwickelt?
2. Wie viele politisch motivierte Straftaten im Zusammenhang mit Corona wurden seit 2020 registriert?
3. Wie viele hiervon richteten sich gegen Einzelpersonen oder Personengruppen und welchen Phänomenbereichen wurden die Straftaten zugeordnet?
4. Welche Entwicklungen sind im Hinblick auf Straftaten in Sozialen Medien feststell-bar?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu möglichen Versuchen der rechtsextremen Szene sich Vorteile aus der Corona-Pandemie zu schaffen vor? (Bei-spielsweise im Hinblick auf die Verbreitung der eigenen Inhalte, Rekrutierung von Personen, Vernetzungen mit weiteren Gruppen oder finanziellen Profit)

VI. Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Stabstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“

Nach Bekanntwerden der Chatgruppen mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Inhalten von Polizeibeamtinnen und -beamten in Mülheim a.d.R. im September 2020 hat das Innenministerium die Stabstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ einge-setzt. Der Abschlussbericht mit den Handlungsempfehlungen der Stabstelle wurde dem In-nerausschuss in seiner Sitzung vom 2. September 2021 vorgestellt. Die Umsetzung der Hand-lungsempfehlungen liegt in der Zuständigkeit der Polizei-Abteilung im Innenministerium.

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht zum Zeitplan der Umsetzung der einzelnen Handlungs-empfehlungen.

VII. Bombendrohungen gegen Gerichte am 4. Februar 2022

Medienberichten zufolge wurden am 4. Februar 2022 mehrere Gerichte in Nordrhein-Westfa-len geräumt und durchsucht, da es Bombendrohungen gegen sie gab. Betroffen sollen unter anderem Aachen, Düsseldorf und Mönchengladbach gewesen sein.¹⁵

¹⁴ <https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/polizei-durchsuchte-wohnung-eines-dortmunder-rechts-extremisten-w1725710-2000451902/>

¹⁵ <https://www.zeit.de/news/2022-02/04/bombendrohung-gegen-mehrere-einrichtungen-grosseinsatz>

Zuvor gab es Bombendrohungen Ende Oktober 2021 gegen Gerichte in NRW. Am 9. November 2021 wurde berichtet, dass ein rechtsextremer Hintergrund der Drohung vermutet werde, da die Droh-Mail Bezug auf einen verstorbenen NPD-Funktionär nehme.¹⁶

Weitere Drohungen gab es im Jahr 2020 gegen Gerichte in NRW und anderen Bundesländern. In den Jahren 2018 und 2019 wurden mehrfach Drohmails an Einzelpersonen, Vereine, Unternehmen, Gerichte und Rathäuser verschickt, die u.a. mit „NSU 2.0“, „NationalSozialistischeOffensive“ oder „Staatsstreicherorchester“ unterzeichnet waren. Die Ermittlungen hierzu wurden laut Vorlage 17/1914 beim LKA Berlin geführt. Im Mai 2021 berichteten Medien von der Festnahme eines Tatverdächtigen, der im Darknet vernetzt gewesen sein soll und auf diesem Weg an Daten herangekommen sein soll.¹⁷

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht zum derzeitigen Stand der Ermittlungen zu den Drohungen vom Februar 2022 sowie zu etwaigen Zusammenhängen mit vorherigen Drohschreiben.

VIII. Verbleib von Polizeimunition aus NRW auf einem Schießstand in Güstrow

Durch Ermittlungen gegen den ehemaligen Bundeswehroffizier Franco A., der im Verdacht steht, eine schwere staatsgefährdende Gewalttat geplant zu haben, wurde die rechtsextreme Prepper-Gruppe Nordkreuz aufgedeckt. Ein Mitglied dieser Gruppe betreibt einen Schießstand in Güstrow, der auch von Polizei und Bundeswehr genutzt wurde. Im Zuge der Nordkreuz-Ermittlungen wurde bekannt, dass Munition aus Polizeibeständen auf dem Schießstand gefunden wurde. In einer Sondersitzung des Innenausschusses vom 5. März 2020 teilte Innenminister Herbert Reul mit, dass auch für die Polizei in NRW bestimmte Munition in Güstrow gefunden wurde. Eine Lücke in der Dokumentation der Munitionsbestände konnte jedoch nicht gefunden werden. Wie es dazu kommen konnte, dass Munition aus NRW nach Güstrow gelangte und dort verblieb, konnte nicht beantwortet werden. Auch auf unseren Berichtswunsch für die Sitzung des Innenausschusses vom 15. April 2021 verwies das Innenministerium auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Schwerin und des LKA Mecklenburg-Vorpommern.

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Erkenntnisstand zu der Polizeimunition aus NRW auf dem Schießstand.

Mit freundlichen Grüßen



Verena Schäffer MdL

¹⁶ <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/bombendrohung-gerichte-rechtsextremer-hintergrund-100.html>

¹⁷ <https://www.zeit.de/politik/2021-05/nsu-2-0-drohbriefe-verfasser-npd-darknet/komplettansicht>

Markus Wagner

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Tel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.de

AfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Daniel Sieveke MdL

- im Hause -



Düsseldorf, den 3. März 2022

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 100. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 100. Sitzung des Innenausschusses am 10. März 2022 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen mündlichen Bericht der Landesregierung:

I.**Potentielle Cyberangriffe aus Russland abwehren**

IT-Sicherheitsexperten warnen vor Cyberattacken im Zuge des Ukraine-Krieges, sowohl auf deutsche IT-Systeme als auch auf Bereiche der kritischen Infrastruktur.¹ Diese Angriffe könnten als Vergeltung auf Wirtschaftssanktionen folgen. Relevante Stellen in Nordrhein-Westfalen sollen für das Thema IT-Sicherheit sensibilisiert werden.² Im Jahr 2020 wurde die Düsseldorfer Uniklinik Opfer eines Hackerangriffes. Ein lebensgefährlich verletztes Unfallopfer konnte nicht versorgt werden.³

¹ <https://www.waz.de/politik/landespolitik/cyber-attacken-wie-sich-nrw-gegen-putins-hacker-ruestet-id234671357.html>

² Ebenda

³ <https://www.handelsblatt.com/technik/sicherheit-im-netz/cyberkriminalitaet-todesfall-nach-hackerangriff-auf-uni-klinik-duesseldorf/26198688.html>

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Inwieweit könnten Cyberattacken Nordrhein-Westfalen existenziell treffen?
2. Welche relevante Stellen der IT-Infrastruktur sind besonders gefährdet?
3. Wie groß schätzt die Landesregierung die Gefahr solcher Angriffe ein?
4. Wie gut ist Nordrhein-Westfalen zur Abwehr möglicher Attacken aufgestellt?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Daniel Sieveke (MdL)
Vorsitzender des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Hartmut Ganzke (MdL)

Innenpolitischer Sprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2651
Fax: 02303 – 253 1499
Hartmut.Ganzke@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

02.03.2022

Beantragung eines mündlichen Berichts für die Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022 folgenden mündlichen Bericht:

- **Messerattacken in der Düsseldorfer Altstadt während der Karnevalstage**

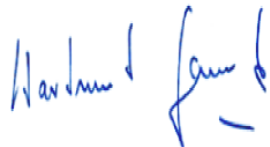
In der Düsseldorfer Altstadt ist es während der Karnevalstage zu zwei Messerattacken gekommen. Am Karnevalssonntag wurden drei junge Männer im Alter von 17, 18 und 22 Jahren niedergestochen und dabei nach Medienberichten zum Teil lebensgefährlich verletzt. Der 17-jährige mutmaßliche Haupttäter soll sich zwischenzeitlich bei der Polizei gestellt haben.

Bei einer weiteren Messerattacke am Rosenmontag wurde ein 18-jähriger Mann in der Altstadt niedergestochen und verletzt in einer der Gassen liegend aufgefunden.

Bereits seit längerem wird das hohe Maß an Gewaltbereitschaft und Aggressionen beklagt, das in der Düsseldorfer Altstadt an den Wochenenden vorzufinden ist. Insgesamt hat die Polizei nach Presseberichten auch über die Karnevalstage wieder eine hohe Aggressivität in der Altstadt festgestellt.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um einen mündlichen Bericht über die bisher bekannten Hintergründe der beiden Taten. Wir bitten zudem um einen aktualisierten Sachstandsbericht zu den Bemühungen, die Situation in der Düsseldorfer Altstadt in den Griff zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Harald Fausch'.